

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pflanz
mit „Voik und Zeit“ 26 Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 0,60 Gulden
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die Soep. Reile 0,30 Gulden, Re-
klamazelle 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
an dem Danziger Telegraphen

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhans Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckerei 3290

Nr. 61

Freitag, den 13. März 1925

16. Jahrgang

England gegen das Genfer Protokoll.

Die Erklärungen Chamberlains und Briands auf der Völkerbundsrats-Sitzung.

Die gestrige Sitzung des Völkerbunds brachte die so erwartete Rede Chamberlains. Im Saale herrschte die größte Spannung. Es hatte nämlich niemand bisher die Gelegenheit gehabt, sich mit dem Text der Rede Chamberlains vertraut zu machen. Man hatte in gewissen Augenblicken den Eindruck, als ob der Minister unter einem gewissen inneren Zwang gesprochen hat. Besonders fiel auf, als er gegen die französische Politik und die Politik ihrer Verbündeten sprach. Wie wir aus gutinformierter Quelle erfahren, war Chamberlain nicht in allen Punkten mit dem von ihm vorgelegten Deklaration einverstanden. Hinter der Deklaration steht Churchill und mit ihm die Leiter der englischen Flotte, welche besonders gegen das Genfer Protokoll Stellung nahmen, weil sie die Angst haben, das eventuell die englische Flotte durch den Völkerbund zu Interventionen im Falle eines Konflikts gebraucht werden könnte. Chamberlain begann seine Rede, indem er feststellte, daß die englische Regierung sorgfältig das Genfer Protokoll geprüft hätte. Sie hätte sich auch mit den Regierungen ihrer Dominionen in Verbindung gesetzt, um von ihnen ihre Meinung über das Protokoll zu hören. Die Dominionen sind in keinem Fall gewillt, das Protokoll zu unterschreiben. England hat andererseits bereits zu verstehen gegeben, daß es auch keine feindselige Haltung gegenüber dem Protokoll einzunehmen vermag.

Chamberlain führte weiter aus, daß alle bisherigen Verträge zwischen den einzelnen Staaten, welche Sanktionsklauseln enthalten haben, nicht den erwarteten Erfolg gebracht haben. Solche Verträge hätten absolut keinen Wert, denn die Sanktionsdrohung wäre nur eine unnötige Geste; andererseits ist es für Chamberlain klar, daß Verträge, welche nur auf Versprechungen beruhen, gleichfalls wertlos seien, denn eine Unterzeichnung unter einem Verträge sei noch keine Garantie, daß der Vertrag eingehalten werden würde. Im Zusammenhang damit meinte er, daß die Marnnachrichten, welche von gewissen Kreisen ausgehen und die Möglichkeiten eines neuen Krieges in Aussicht stellen, grundlos seien. Die Fortsetzung seiner Rede enthält eine Kritik der einzelnen Punkte des Genfer Protokolls. Die Paragraphen 7. und 8. behandeln die Vorschrift, daß im Falle eines Konflikts zwischen zwei Staaten keiner von ihnen das Recht hat, zur militärischen Selbsthilfe zu greifen. Chamberlain sagt, daß diese Vorschriften viel zu vorteilhaft für den Angreifer und viel zu schädlich für den Angegriffenen sind. Artikel 15 enthält die Vorschrift, daß die Kosten eines neuen Krieges von dem Angreifer getragen werden. Gleichzeitig jedoch spricht dieser Artikel das Recht ab, sich in die inneren Verhältnisse des Schuldigen einzumischen, wie auch das Recht, seine Grenzen zu verändern. Chamberlain meint, daß die Vorschriften, welche sich auf die Kriegskosten beziehen, keineswegs die Möglichkeit berücksichtigen, daß der Angreifer zum Angriff durch seinen Gegner provoziert hätte sein können. Was den Punkt der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse betrifft, so ist derselbe allerwidersprechlich im Verhältnis zu den Schuldigen des Kriegsausbruches. Chamberlain fragte, aus welchem Grunde soll der Völkerbund sein Recht heissen, sich in die inneren Verhältnisse eines Staates einzumischen, dessen Regierung den Kriegsausbruch und das Blutvergießen verursacht hat? Der englische Minister erklärte ferner, daß England Gegner von Vorschriften über kriegerische Sanktionen ist. Er ist der Meinung, daß man mit aller Ruhe sämtliche vorkommenden Konflikte dem Völkerbund unterbreiten müsse, der schon entsprechende Mittel besitzt, um dieselben zu liquidieren. Europa spricht und denkt zu viel an Krieg. Ebenso wie ein gequälter Mensch nicht immer daran denkt und davon spricht, wann und ob er krank würde, ebenso dürfen Staaten sich viel weniger mit der Möglichkeit neuer Kriege beschäftigen. Ununterbrochene Alarmnachrichten können nur Ursache zu neuen Kriegen werden.

Der beste Ausweg ist nach der Ansicht meiner Regierung eine Ergänzung des Völkerbunds durch besondere Abmachungen, für besondere Zwecke, unter Mithilfe des Völkerbundes. Diese Abmachungen müssen reinen Verteidigungscharakter tragen und im Geiste des Völkerbunds gehalten sein. Die britische Regierung denkt sich das in der Form, daß die unmittelbar in Betracht kommenden Nationen, deren Differenzen am leichtesten zu einem Kriege führen können, verbunden werden durch Beiträge mit dem Zweck der Aufrechterhaltung des Friedens.

In der öffentlichen Nachmittags-Sitzung antwortete Briand auf Chamberlains Rede. Im Gegensatz zu der englischen Auffassung sei es auch heute noch der gleichen Meinung wie im September, daß nämlich das Protokoll das vornehmste Mittel zur Sicherung des Weltfriedens sei. Er fühle sich als verantwortlicher Urheber des Protokolls mehr als je Europa gegenüber verpflichtet, das heute wieder kritische Stunden durchlebe und mit unruhiger Erwartung auf eine Entscheidung des Völkerbunds hoffe. Die den endgültigen Frieden führe. Er erkenne die englische Kritik an, daß die Unvollständigkeit des Völkerbundes das größte Hindernis für die Friedensarbeit ist und wiederhole die Einladung an Amerika, sich dem Völkerbund anzuschließen. Diese Einladung gelte aber ausdrücklich für alle Staaten, die noch angeschlossen werden können. Die Servollständigung sei unumgänglich, wenn das Protokoll, das er keineswegs für verloren halte, jemals verwirklicht werden solle. Frankreich halte unbedingt am Protokoll fest, dessen große Idee einer Gemeinlichkeit des Weltfriedens für alle Staaten und deren Brauchbarkeit des Krieges als Verbrechen neue Wege weisen. Er glaube deshalb nicht, daß Chamberlains Rede eine endgültige Ablehnung des Protokolls bedeute und hoffe im Gegenteil, daß die Möglichkeit einer weiteren Diskussion gegeben sei, die eine Weiterentwicklung des Protokolls auf neuen Wegen bedeute. Er schloß mit den Worten: „Als ich heute morgen das englische Memorandum las, hatte ich das Gefühl eines Mannes, der im Dunkeln herumirrt, aber als

ich es nochmals las, kam mir plötzlich eine Hoffnung, wie einem nächtlichen Wanderer plötzlich ein rettendes Licht erscheint.“

Bereidigung von Dr. Simons.

Ansprachen von Loebel und Dr. Simons.

Gestern mittags erfolgte im Reichstag die Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten. In dem Augenblick, wo Präsident Loebel auf seinem Platz erscheint, ist auch die gesamte Reichsregierung, mit Ausnahme Luther's, und gleichzeitig mit ihr der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons im Saal erschienen, der nun bis auf die leeren Plätze der Kommunisten und der Volkskinder dicht gefüllt ist. Der Präsident unterläßt die übliche Eröffnungsformel für Reichstagsitzungen.

Während sich alle Anwesenden erheben, richtet der Reichstagspräsident

folgende Ansprache an Dr. Simons:

Herr Reichspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbeträgen Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und fernergemäß auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen, erlaube mir Ihnen die Eidesformel zu überreichen und bitte Sie, den Eid abzulegen.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons spricht folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Von dem Recht, der Eidesformel eine religiöse Bekräftigung anzufügen, machte der stellvertretende Reichspräsident keinen Gebrauch.

Reichstagspräsident Loebel:

Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß

Die gescheiterte Bürgerblocks-Kandidatur.

Der am Donnerstagabend geplante Loebel-Ausschuss hat nach am gleichen Abend als Kampfkommision den Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg als Präsidentschaftskandidat der bürgerlichen Parteien nominiert.

Ueber den Verlauf der letzten Sitzung wird von ihm folgende Darstellung gegeben: Der unter Vorsitz des Staatsministers v. Loebel beratende Ausschuss für die Reichspräsidentenwahl, in dem die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei, sowie die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen vertreten sind, hat heute abend nochmals mit Vertretern des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei über eine gemeinsame Kandidatur aller bürgerlichen Parteien und Organisationen verhandelt. Von der Zentrumspartei war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben, obwohl die Verhandlungen des Ausschusses bereits viermal vertagt waren, und zwar lediglich, um dem Zentrum Zeit für seine Entscheidung zu lassen. Durch die Verzögerung der Verhandlungen wurden schädliche Schwierigkeiten, die zwischen für die gemeinsame Kandidatur Gehten in weiten Kreisen mehrerer bürgerlicher Parteien aufgetreten waren, verhärtet.

Der Ausschuss hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, an der schon am Sonnabend einstimmig beschlossenen Kandidatur Jarres festgehalten.

Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur endgültig angenommen. Auch die Vertreter der Wirtschaftspartei haben sich ausdrücklich in den weiteren Verhandlungen dieser Kandidatur angeschlossen.

Die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen sich nicht mehr beteiligen konnte, wird umgehend um Stellungnahme ersucht werden. Die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen unterstützen gleichfalls die Kandidatur Jarres.

Der Loebel-Ausschuss hat allen Grund, die Wahrheit über den tatsächlichen Grund, der zu seinem Ende führte, nicht auszusprechen. Er oder wenigstens die Reichsparteien haben mit zweierlei Karten gespielt. Nur deshalb ist ihr Scheitern bei der Reichspräsidentenwahl den vereinigten Bürgerblocks aufzuwachen zu lassen, trotz aller Intrigen gescheitert. Vor allen Dingen hat z. B. die Volkspartei in keinem Augenblick ernsthaft an eine Kandidatur Gehter gedacht. Sie hat zwar in diesem Sinne fünfprozentige Erklärungen erteilt, trug sich innerlich aber mit ganz anderen Gedanken. So verweigerte sie dem Hg. Jarresbach u. a. die Auskunft über die Frage, ob die Volkspartei ernsthaft der Kandidatur Gehter zustimme. Daraufhin wurde mit einer ausweichenden Erklärung geantwortet, die zur Folge hatte, daß Jarresbach mit einer Erklärung für die

Die das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohl des Landes und des deutschen Volkes verwalteten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar —, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung auszusprechen habe, in die mich der verstorbenen Reichspräsident ernannt, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richterturns, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischennam das innere Gebot der Unparteilichkeit. Von dem viel betrauten Tode, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erworb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seinem Rechte die Festigkeit zu wahren, damit ich sie unzerstört in die Hände des Mannes legen kann, den ich bald zum ersten Male in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es kraftig gelehrt ist, in freier, unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt führen wird. (Lebhafte Beifallsrufe.)

Mit einem Händedruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten. Damit war der feierliche Akt beendet.

Schiedsgericht im Eisenbahnerkonflikt.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik statt, die zur Einsetzung eines Schlichtungsausschusses geführt haben. Der vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichtungsausschuss wird morgen vormittag unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Neves zusammentreten. Das Reichsarbeitsministerium hat die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation unterbleibt. Die Parteien haben zugezagt, ihr Möglichstes in dieser Hinsicht zu tun.

Zentrumspartei ebenfalls zurückhielt. Das sie selbst nicht tun wollte, verlangte die Volkspartei vom Zentrum. Das ist ihre alte Taktik.

Nun ist das Spiel zu Ende. Der Kampf beginnt, und vor allen Dingen Herr Jarres wird jetzt die Zielscheibe berechtigter Angriffe bilden.

Marx Zentrumskandidat.

Bie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Parteiausschuss des Zentrums einstimmig beschlossen, den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx als Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft aufzustellen.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat.

Die deutschdemokratische Partei hat den badischen Staatspräsidenten Heilpach als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt.

Ebert und die Landesverteidigung.

Verhandlungen im Magdeburger Prozeß.

Zeuge Frolat schildert eine Versammlung der U.S.P. und des Spartakusbundes, in der die Streikforderungen aufgestellt und die Streikleitung gewählt wurde. Wir möchten, daß unser Parteivorstand in die Streikleitung käme. Ebert kämpfte sich mit Händen und Füßen gegen eine Beteiligung an der Streikleitung. Ebert sagte: Es müsse versucht werden, den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Zur Frage der Streikleitung sagte Ebert: Wir werden natürlich in unserer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete versuchen, die größten Härten zu mildern, aber selbstverständlich müßten die Streikleitungsbefehle befolgt werden.

Zeuge Ruisch, Bezirkssekretär der S.P.D., berichtete ausführlich über die dem Eintritt der S.P.D. in die Streikleitung vorangehenden Verhandlungen. Ruisch forderte den Parteivorstand auf, in die Streikleitung einzutreten. Vor der entscheidenden Delegiertenversammlung wurde ihm vom Parteivorstand erklärt, er habe sich unteren Gründen nicht verschließen. Er wolle in die Streikleitung eintreten, um den Streik abzukürzen, um dadurch den der Landesverteidigung erwachsenden Schaden nicht so groß werden zu lassen. In einer Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus am Nachmittag stellte Ruisch den entscheidenden Antrag, daß die Mehrheitssozialdemokratie zum Eintritt in die Streikleitung aufgefordert werde. Ledebour sprach sich während demgegen aus. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteivorstand bestimmte Ebert, Scheidemann und Braun als Delegierte. In die Streikleitung wurden vorgeschrieben: „Ich von den Vertreterbefehlen gebrochen worden?“ Ruisch antwortete: „Ja, wohl! Da hat Ebert ausdrücklich erklärt: Der Parteivorstand könne nur dringend empfehlen, den Streikleitungsbefehlen Folge zu leisten.“

Der Diebstahl.

In wenigen Tagen wird sich der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Aufrechterhaltung und die Aufrechterhaltung des Reichstages für die Aufrechterhaltung...

Der Thron-Konkurrenz hatte verschiedene Vorkämpfer, eine Verfassungsreform, eine Gaszufuhr...

Die Firma Krupp rief in Anwesenheit der alle Stahlwerke ab und erklärte sie durch eine zeitgemähere...

Die Vereinigten Press- und Hammerwerke Stahlbauern bauten ihren bisherige Betrieb im Hammerwerk...

Das Geschäftswelt bitten nach gründliche Reparaturen in seinem Werk vor, verlor die...

Die Mannesmann-Werke, die überaus mit der Mannesmann-Industrie- und Handelsbank...

Benj. u. Sohn bauten große Bahnanlagen, achtheten die Maschinen- und Stahlbauwerke...

Die Firma „Dörmann & Co.“ die zur Eisenbahn-Verkehrs-Mittelgesellschaft gehört, baute...

Schlachtfelder laut das „Berliner Tageblatt“: Die Reichsarmee, in denen die Schwerkriegs...

Der parlamentarische Ausschuss hat sich mit der parlamentarischen Ausschuss hat sich mit der parlamentarischen...

Was ein Grund für die Varnathese.

Regierungsrat Dr. Schuler in „württembergischer Anzeiger“.

Der gewöhnliche Mittelstand vermag sich nicht auf solchen Gründen einig zu sein, die Varnathese...

Wunder in der württembergischen Welt.

Im württembergischen Bezirk 126 erschien ein Wunder in der württembergischen Welt...

Die Tragödie des Parikers.

Der Berliner Pariker ist im Laufe der Jahre das Opfer eines Schicksals geworden...

Da ist einer unter den Parikern am Berliner Pariker, der nun schon seit Jahren...

„Gegen seinem schlechten Denksinn zu Erziehungsbereitschaft ungeeignet“.

Ein eifriges Kind seines Vaters.

Das eifrigste Kind seines Vaters am der Unternehmung eines Schicksals...

Schmerzschreiben an die Welt.

Der Schmerzschreiber hat ein Schmerzschilder des Schmerzschilders...

wildeken Vorkämpfer der Varnathese, der bekanntlich vorher Oberpräsident in Düsseldorf war...

Die zusammengebrachte Varnathese.

Der Untersuchungsausschuss läßt alle Anhaltspunkte fallen. Wochenlang hat die deutsch-nationale und völkerverfeindliche Presse...

Die Reichsvertreter der in Haft befindlichen Brüder Julius und Henry Varnath haben einen Antrag auf Haftentlassung...

Deutscher Adel

ist und jetzt.



Einmal ist man mit sich und Schwere das ja die ersten Schritte...



Heute plündert man das Volk bequemer; jeder Beifall braucht man nicht zu erheben...

Der Anwalt.

Eine junge Dame, die sehr bald auf ihre Reise ist, beschrieb folgende...

„Wahrscheinlich hat Anwalt Anwalt in jedem Anwalt in Bonn im Alter von 41 Jahren geboren.“

„Wahrscheinlich hat Anwalt Anwalt in jedem Anwalt in Bonn im Alter von 41 Jahren geboren.“

wisser Verdacht und im Zusammenhang damit auch Nicht-gelahr. Man vergleiche mit ihrem jetzigen Verhalten nur die Aktion gegen Schwannmerber...

Eine deutsch-nationale Füge

über die Pensionen der Genoffin Ebert. Ein Teil der bürgerlichen Presse berechnet die gesetzliche Pension für die Witwe des Reichspräsidenten...

Die preussischen Landräte.

Einem Wünsche des Preussischen Staatsrats nachkommend, hat die preussische Regierung eine allernähste Uebersicht über Vorbildung, Herkunft und Konfession der preussischen Landräte...

Im Jahre 1905 hatte Preußen 488 Landräte. Von diesen waren 432 ehemalige Regierungs- oder Gerichtsdirektoren...

Im Jahre 1916 war das Verhältnis folgendes: Von 485 Landräten waren 457 ehemalige Regierungs- oder Gerichtsdirektoren...

Anfang 1925 zählte Preußen noch 421 Landräte. Von diesen waren 399 ehemalige Regierungs- oder Gerichtsdirektoren...

Gleichzeitig wird eine Uebersicht über Vorbildung, Herkunft und Konfession der höheren Verwaltungsbeamten bei den Oberpräsidien und den Regierungen veröffentlicht.

schlecht, verregnet werden können. Die mit Beifall aufgenommenen Vorträge führten zur Einbringung einer Entschließung...

Erfolgreicher Abschluß der Deutschen Hygienewerk. Die Allgemeine Deutsche Hygienewerk und Ausheilung im Laufe der Sanftindustrie...

Die Stenographie bei den Wörtern. Der Ursprung der Stenographie, die in Deutschland durch den Grafen...

„Wahrscheinlich hat Anwalt Anwalt in jedem Anwalt in Bonn im Alter von 41 Jahren geboren.“

Die Parteien und das Wohnungsbaugefetz.

Deutschnationale, Kommunisten und Deutsch-Danziger lehnen die Wohnungsbauabgabe ab. - Abwartende Haltung der Sozialdemokratie. Deutschnationale und Zentrum für die Gesetzesvorlage. - Der Senat gegen die Besteuerung der gewerblichen Räume.

Im Volksstag fand gestern die große Aussprache über die Wohnungsbauabgabe statt, bei der sämtliche Parteien zu Wort kamen.

Die Debatte über das Wohnungsbaugefetz wurde eröffnet durch den Bericht des Abg. Schmidt (Vid.) über die Verhandlung des Stedlungsaußschusses. Im Ausschuss hätten sich die Ansichten scharf gegenüber gestanden. Seltener sei um ein Gesetz so hartnäckig gekämpft worden. Trotz der sachlichen Gegenüber habe sich dennoch das Bestreben gezeigt, ein Wohnungsbaugefetz zustande zu bringen. Nachdem sich für alle Vorschläge wie: Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer, Erhöhung der Wohnzimmenersteuer, Aufnahme einer weiteren Anleihe, Durchführung einer Anleihe keine Mehrheit gefunden habe, habe sich die Mehrheit des Ausschusses über die Erhebung einer Wohnungsbauabgabe geeinigt. Umstritten seien gewesen die §§ 2, 4, 6 und 7.

Das jetzt vorgelegte Wohnungsbaugefetz enthalte im wesentlichen Bestimmungen aus den früheren Vorlagen des Senats. Neu sei die Besteuerung der gewerblichen Räume, die erfolgt sei, weil eine Partei erklärt habe, daß jede weitere Beratungen zwecklos seien, wenn diese nicht zur Wohnungsbauabgabe herausgegeben würden. Man habe erklärt, es sei nicht zu verkehren, daß diese Gebäude auf Kosten der reinen Wohnhäuser geschont werden sollen. Im übrigen habe auch der im Jahre 1921 vorgelegte Senatsentwurf eine Besteuerung der gewerblichen Räume vorgezogen. Die damals vorgeschlagene Abgabe sei noch höher gewesen als wie jetzt gewünscht werde. Für die Forderung, daß auch die in der Inflationszeit ohne öffentliche Zuschüsse gebauten Wohnungen mit der Abgabe belastet werden sollen, habe sich im Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Umstritten worden sei weiter die Höhe der Abgabe.

Zur Geschäftsordnung erhielt alsdann Abg. Förster (D.-L.) das Wort, der ausführte, daß der vorliegende Gesetzesentwurf weder vom Senat noch von einer Regierungspartei komme. Die deutschnationale Fraktion möchte deshalb die Stellung des Senats zu der Vorlage kennenlernen.

Die Auffassung des Senats.

Senator Dr. Leske folgte dieser Aufforderung in einer längeren Erklärung. Die Beschaffung von Wohnungen sei die Frage von ungeheurer Wichtigkeit, im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehe deshalb die Wohnungsbauabgabe. Die Möglichkeiten einer Lösung des Wohnungsbauproblems seien außerordentlich gering. Von den vielen Vorschlägen, die in den letzten Jahren gemacht worden seien, seien einige von vornherein unbrauchbar. Undurchführbar sei z. B. die von der kommunistischen Fraktion geforderte Rationierung des vorhandenen Wohnraums. Es sei nicht möglich, die Wohnungen so aufzuteilen, daß jeder ein Platzteil erhält. Die Aufnahme einer ausländischen Anleihe habe in der Devisenknappheit zwar eine große Rolle gespielt, sei praktisch jedoch nicht zu verwirklichen. Selbst bei der letzten Anleihe der Stadt Danzig hätten die ausländischen Geldgeber immer wieder darauf gedrungen, daß kein Pfennig zu Wohnungsbauten verwendet werde. Die Angabe, daß deutsche Städte Wohnungsbauanleihen erhalten hätten, ist nicht richtig. Auf eine Anfrage beim deutschen Städtetag habe dieser erwidert, daß nur zwei deutsche Städte Auslandsanleihen bekommen hätten, aber nicht für Wohnungsbauzwecke. Der Vorschlag der Selbsthilfe sei zwar zu begrüßen, aber auch dieses Verfahren führe nicht zu einer Lösung des Wohnungsbauproblems. Selbst wenn Staat und Gemeinden möglichst billig Gebäude hergeben und die Realisten erlassen, sei zum Bau einer Wohnung ein größeres Kapital nötig. Ganzbare Wege, aus dem Wohnungselend herauszukommen, gäbe es nur zwei, und zwar Erhebung einer Steuer von Einkommen und Vermögen oder eine Abgabe von den zu steigenden Mieten. Das Endziel der Maßnahmen sei nicht, größere Kapitalien aus der Wirtschaft herauszuziehen, sondern Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen und der Deutsch-Danziger Partei; (Aha-Rufe links). Die Wohnungszwangswirtschaft sei ein notwendiges Übel, auf längere Zeit jedoch nicht zu beheben. Man müsse sich klar darüber werden, welcher Weg aus der Zwangswirtschaft herausführe. Dazu gäbe es zwei Mittel: Steigerung der Mieten, daß das Bauen wieder rentabel wird und die Schaffung von Baukapital. Für die Uebergangszeit müsse Kapital aufgebracht werden und zwar durch Erfassung eines Teils der Mieten. Dieser Grundgedanke sei in dem vorgelegten Gesetz und auch in allen bisherigen Regierungsprogrammen verwirklicht. Auch in Deutschland habe man mit der Einführung der Hauszinssteuer gute Erfahrungen gemacht. Dort sei der Anteil der Mieten noch geringer als in Danzig. Es sei gesagt worden, daß man das Baukapital nicht wegzunehmen soll, sondern es lenken, daß man es sich leihe. Eingehende Prüfung dieser Frage hätte ergeben, daß die Ausgabe von Pfandbriefen unbrauchbar sei. Die Propagierung derartiger Pläne bedeute einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Der einzige Weg, Wohnungsbaukapital aufzubringen, sei die Besteuerung der zu steigenden Mieten.

Die bisherigen Vorlagen des Senats seien auf dem Gedanken aufgebaut gewesen, daß die zum Wohnungsbau nötigen Mittel aus der Spannung zwischen natürlichen und künstlichen Mieten geschaffen werde. Beide Gesetzesentwürfe des Senats seien abgelehnt worden. Das neue Gesetz bringe die Grundgedanken der Senatsvorlagen wieder. Es wäre wünschenswert, wenn eine Einigung erfolge. In einem wesentlichen Punkt weiche die Ausschussvorlage jedoch von den bisherigen Gesetzesentwürfen des Senats ab. Bei den gewerblichen und zwangswirtschaftsfreien Räumen sei die Spannung zwischen der natürlichen und künstlichen Miete nicht mehr vorhanden. Der Senat habe deshalb auf dem Standpunkt, daß es ein Fehler ist, auch gewerbliche Räume mit dieser Abgabe zu belasten. Dadurch werde die trostlose Lage der Wirtschaft noch erschwert, der Senat empfehle dringend, die gewerblichen Räume nicht mit der Wohnungsbauabgabe zu belasten. (Beifall in der Mitte.)

Die Auswirkung der Wohnungsbauabgabe auf wirtschaftlichem Gebiete werde vielfach übertrieben. Durch die Aufhebung der Wohnzimmenersteuer habe eher eine Entlastung als eine Belastung der Wirtschaft statt. Die Industrie werde etwas entlastet, während Säden und Gewerbebetriebe etwas härter herangezogen werden. Zum Schluss erklärte Senator Leske, daß in öffentlichen Protokollverhandlungen vielfach mit falschen Zahlen operiert worden sei. (Lärm bei den Deutsch-Danzigern.) Wenn die Behebung der Bauzinsknappheit Erleichterungen bringe, die der Wirtschaft abträglich werden können, würde der Senat nicht davor zurückweichen. Die Bauzinsknappheit ist sofort abzubrechen. Falls es es zu bewerkstelligen, das Gesetz bilde eine Veremianung der Wohnungszwangswirtschaft. Nur dadurch daß Wohnungen gebaut werden, komme man aus der Wohnungszwangswirtschaft heraus.

Die Deutschnationalen für Veremianung der Wohnungszwangswirtschaft.

Der nächste Redner, der deutschnationale Abg. Höfer, wurde bereits mit Heiterkeit von der Bank empfangen. Seine Fraktion sei bereit, Opfer zu bringen. (Zuruf: Wenn andere es bezahlen!) Sie sei jedoch der Auffassung, daß nur die breite Bauzinsknappheit aus der Wohnungszwangswirtschaft herauszuführen könne. Die Entlastung der freien Bauzinsknappheit sei aber baldige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft voraus. Der Vorschlag, die Differenz zwischen der natürlichen Miete und der künstlichen Miete der Zwangswirtschaft zu Wohnungsbauzwecken zu verwenden, finde nicht grundsätzliche Gegenwehr in der deutschnationalen Fraktion. Aber es müßte darauf hingewiesen werden, daß der Gesetzesentwurf nicht eine Vorlage des Senats ist, sondern von einer politischen Partei stammt. Der vorliegende Gesetzesentwurf bringe eine erhebliche Verschlechterung der Regierungsvorlage und enthalte Bestimmungen, die unannehmbar seien. Es gäbe Gemeinden, in denen keine Wohnungszwangswirtschaft bestände. (Zuruf: Wo? Auch auf dem Lande ist die Wohnungszwangswirtschaft groß.) Der Zuschlag von 10 Prozent für Wohnbauzwecke sei völlig unmöglich; ein Satz von 20 Prozent sei das höchste. Wenn die Wirtschaft 40 Prozent Abgaben zahlen sollte, würde sie unerträglich belastet. Im gleichen Atemzuge forderte Redner aber eine Erhöhung der Mieten im Interesse der Hausbesitzer. Redner wandte sich entschieden gegen die Besteuerung der gewerblichen Betriebe, insbesondere der wirtschaftlichen Gebäude der Landwirtschaft. Mit der Aufhebung der Wohnzimmenersteuer war Redner selbstverständlich einverstanden. In der augenblicklichen Fassung des Gesetzesentwurfes sei er für die deutschnationale Fraktion unannehmbar. (Zuruf: Die Wohnungslosen werden sich bei ihnen bedanken!)

Der Standpunkt der Sozialdemokratie.

Abg. Gen. Grünhagen führte aus, daß es sich bei Erörterung des Wohnungsbauproblems um zwei Fragen handele. Es muß gebaut werden, und zwar viel, und das nötige Geld befristet werden. Strittig ist nur, wer zahlen soll. (Heiterkeit.) Jeder steht auf dem Standpunkt, der andere soll zahlen. Die Vorschläge, die ein letzter Zeit gemacht worden sind, sind nicht ernst zu nehmen. Die Forderungen, zur Einkommensteuer einen Zuschlag zu erheben, die Aufnahme einer Anleihe oder Zwangsanleihe haben nur den Zweck, das Gesetz zu Fall zu bringen. Die Aufnahme einer Auslandsanleihe, ist nach der Erklärung verantwortlicher Stellen undiskutabel. Alle diejenigen, die behaupten, daß eine Auslandsanleihe möglich ist, sind bisher den Beweis dafür schuldig geblieben. Eine Zwangsanleihe ist ebenfalls ausstuflos, weil ja ständig erklärt wird, daß es der Wirtschaft außerordentlich schlecht geht. Wie bisher auch bei keinem Gesetz, ist ein schrecklicher Egoismus und Materialismus in die Erscheinung getreten. Das Bild, das die Hans- und Grundbesitzervertretungen gezeigt haben, war geradezu abstoßend. Man halte es nicht für möglich, daß Leute, die ernst genommen werden wollen, derartige Ansichten vertreten könnten. Das Wohnungselend ist durch die Gesamtheit verschuldet. Die Wohnungszwangswirtschaft ist nicht Schuld des Einzelnen, sie ist eine Erscheinung, die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit geboren ist. Was die Gesamtheit verschuldet hat, kann man nicht den einzelnen aufbürden, die Gesamtheit muß es wieder aufmachen. Wer den Standpunkt vertritt, daß der andere zahlen soll, vertritt nicht das Wohl der Allgemeinheit.

Dem Senat war es bisher nicht möglich, die Wohnungszwangswirtschaft zu beseitigen. Was Senator Leske zu dem vorliegenden Gesetz ausgeführt hat,

ist dazu angetan, daß im Ausschuss Beschlossene zu erschlagen.

Im Stedlungsaußschuss hat Senator Leske diesen Standpunkt, gewerbliche Räume freizulassen, nicht vertreten. Es ist nicht angängig, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe von der Wohnungsbauabgabe zu verschonen. Senator Leske hat in seiner Rede erklärt, daß die Mieten so angehoben werden müssen, daß das Bauen wieder rentierbar ist. Bei den jetzigen Baukosten stellt sich die

Miete mindestens auf das Zwei- bis Dreifache

des Friedenswertes. Die sogenannten Vertreter der Wirtschaft müssen sich darüber im klaren sein, daß dann auch dieöhne und Gehälter dementsprechend gesteigert werden müssen. Dadurch wird die Wirtschaft viel härter belastet als durch die Abgabe zum Wohnungsbau. Die Behauptung, daß die Durchführung des Gesetzes eine unerträgliche Belastung der Wirtschaft bringt, ist nicht bewiesen worden. Im Gegenteil, eine größere Bauzinsknappheit wird auch die Gesamtwirtschaft beleben. Das Geld, das für Neubauten ausgegeben wird, kommt erst einmal dem Baugewerbe zugute, wird aber auch der gesamten Industrie nützen. Zurzeit sind 10000 Arbeitslose vorhanden, 85 Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos, obwohl die Möglichkeit zum Bauen gegeben war. Für einen großen Teil der Arbeitslosen wird Arbeit geschaffen und so der Wert der ungedeckten Ausgaben bewahrt.

Was die Industrie durch Belastung der gewerblichen Räume mehr zahlen muß, wird durch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft wieder rausgeholt. Bezeichnend ist das Verhalten der Deutschnationalen, die stets erklären, die Wirtschaft könne die Wohnzimmenersteuer nicht ertragen, im Stedlungsaußschuss gegen ihre Aufhebung stimmten. Im Ausschuss stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf, die in der Inflationszeit gebauten Wohnungen unter die Abgabe zu stellen. An Hand einer Bitte zeigte Gen. Grünhagen, daß davon Großbanken, Bankdirektoren und Großkaufleute betroffen werden, die sehr wohl in der Lage sind, die Steuer zu tragen. Die sozialdemokratische Fraktion hofft, daß sich im Plenum eine Mehrheit dafür finden wird, obwohl im Stedlungsaußschuss die Forderung abgelehnt wurde. Es ist nicht anzunehmen, die jetzigen Kreise, die finanziell erheblich besser dastehen, von der Annahme dieses Antrages und der Befreiung der §§ 7 und 9 würde die sozialdemokratische Fraktion ihre Zustimmung abkündigen machen.

Ausspruch des Zentrums.

Abgeordneter Karowski leitete den Standpunkt des Zentrums ab. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Lage müßte man zu der Auffassung kommen, daß ein anderer Weg aus dem Wohnungselend herauszukommen, nicht möglich ist, als die Mittel zum Wohnungsbau aus einer Erhöhung der Mieten zu nehmen. Wenn es nicht gelinge, auf diesem Wege zusammenzukommen, werde das erzielte Ziel in weiter Ferne liegen. Ein sofortiger Abbau der Zwangswirtschaft würde die Mieten auf 10 bis 20 Prozent steigern, aber zum Wohnungsbau seien auch dann nicht vorhanden. Die Zentrumspartei werde der Wohnungsbauabgabe zustimmen. Die Heranziehung der gewerblichen

Der Kampf in Genf.

Der Völkerverbund hat noch immer nicht zu den Danzigenpolitischen Fragen, vor allem zur Postfrage, Stellung genommen. Es werden zwar die verschiedensten Meldungen, besonders von sogenannten Sonderkorrespondenten, kopiert. Doch handelt es sich entweder um Waffelreden oder Stimmungsmaße, die auf keinerlei Tatsachen beruhen. Was bisher gemeldet wurde, mußte von den betreffenden Blättern meistens am nächsten Tage widerrufen werden. Zu treffen auch die Nachrichten, daß die Danziger Fragen um heutigen Freitag zur Behandlung kommen sollte, nicht zu. Es ist vor Sonntag nicht mit der Verhandlung der Danziger Angelegenheiten zu rechnen. Von politischer Seite werden die größten Anstrengungen gemacht, um den Völkerverbund gegen Danzig einzunehmen. Soweit der Rat in seinen geheimen Sitzungen bereits auf Danzig zu sprechen kam, hat er jedoch den Hauptwunsch Polens, die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Danzig und Polen grundlegend zu ändern, keinerlei Sympathie entgegengebracht.

Er dürfte der polnischen Regierung gegenüber erklären, daß es unmöglich ist, eine grundsätzliche Neugestaltung der Verhältnisse zwischen Danzig und Polen vorzunehmen, da er sich nur an die bestehenden Verträge zu halten und sie auszuinterpretieren habe.

Es müßte also auch darauf zu hoffen sein, daß der Rat im Völkerverbund die Entscheidungen des seinerzeitigen Völkerverbundskommissars, General Haking, vom Jahre 1922 und die Entscheidung des Völkerverbundskommissars MacDonnell vom Februar 1925, die sich für Danzig aussprachen, bestätigen wird.

Unterstützung für Kurzarbeiter.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben heute vormittag mit dem Senat über Unterstützungsmaßnahmen für die Kurzarbeiter verhandelt. Der Senat hat in den Verhandlungen eingestanden, daß die Kurzarbeiter für den Lohnausfall nach den Grundsätzen der Erwerbslosenfürsorge, Unterstützungen erhalten sollen. Die Zuschüsse sollen, je nach den Verdiensthäufigkeiten für gelernte, ungelernte und ungelernete Arbeiter bemessen werden. Die Regelung im einzelnen steht noch aus, doch soll die Unterstützung baldmöglichst beginnen.

Räume werde zwar als schwere Belastung der Vorlage angesehen, aber in Anbetracht des Umstandes, daß bei Herauslösung dieser Räume das Gesetz zu Fall kommen werde, habe die Zentrumspartei beschlossen, dieser Maßnahme ihre Zustimmung zu geben, zumal ja Erleichterungen geschaffen worden seien. Dagegen könne der größte Teil der Zentrumspartei dem sozialdemokratischen Antrage auf Besteuerung der Inflationsbauten nicht beitreten, da diesen Personen die Unterstützung gemacht worden sei, daß sie von jeder aus der Zwangswirtschaft sich ergebenden Steuer befreit bleiben sollen. (Zuruf links: Das ist niemals geschehen!)

Deutschnationale Drohungen.

Dr. Eppich vertrat den Standpunkt der deutschnationalen Fraktion. Wenn das Gesetz abgelehnt werde, könne in diesem Jahre mit der Bauzinsknappheit nicht begonnen werden. Dieser Gedanke sei unerträglich. Selbst wenn eine auswärtige Anleihe zustande käme, würden Danzgelber und Hypotheken nicht unter 9 bis 10 Prozent zu haben sein. Auch unter diesen Umständen müßte der Staat Zuschüsse leisten in Höhe von 3 bis 4 Millionen Gulden jährlich. Sonderbar sei, daß jetzt Kreise sich für eine Anleihe einsetzen, die früher jeden Gedanken bekämpft haben. Jetzt wird auch von den Kreisen, die früher ein großes Einkommen hatten, und deshalb eine Abgabe vom Einkommen ablehnten, die Besteuerung des Einkommens befürwortet, weil ihr Einkommen stark gesunken ist. Der Gedanke einer Zwangsanleihe ist schon vor Jahren erörtert worden. Von Seiten der Regierung und Finanzbehörden seien gegen diesen Vorschlag vielfach Gründe erhoben worden, u. a., daß der Apparat für die Einziehung und Verwaltung der Gelder zu kompliziert werde. Ferner wurde geltend gemacht, daß bei billiger Dameweise die Pfandbriefe unverzinstlich herausgegeben werden müßten, so daß sie für den Inhaber weder verleiher noch veräußerlich seien. Voraussetzung für dieses System der Zwangsanleihe sei ebenfalls eine Erhöhung der Mieten wie bei dem vorliegenden Gesetzesentwurf. Bei Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer würde eine doppelte Belastung eintreten, weil neben dem Zuschlag zur Einkommensteuer auch eine Erhöhung der Mieten eintreten würde, denn sonst gäbe es keine Möglichkeit, die Zwangswirtschaft abzubauen. Die geforderte völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würde eine dreifache Friedensmiete zur Folge haben. Die sich ergebenden Massenemissionen würden enorme Komplikationen schaffen; vor allen Dingen würden aber Lohn- und Gehaltsforderungen aufgestellt werden, die für die Gesamtwirtschaft unerträglich wird.

Die Durchführung des Gesetzes werde aber der Wirtschaft neue Belastung bringen. Seine Kreise der Bevölkerung würden dem Volkstage Dank wissen, wenn er endlich den entscheidenden Schritt zur Lösung aus der drückenden Wohnungszwangswirtschaft bringen werde. Wenn dieses Gesetz abgelehnt werde, würde die Wohnungszwangswirtschaft verewigt. Unter solchen Umständen könne die Regierung aber nicht länger am Ruder bleiben. Mit Bestimmtheit sei zu erwarten, daß nach Aufhebung des Gesetzes die Mieten durch Senatsverordnung heraufgesetzt werden. Dagegen würde die deutschnationale Fraktion entschieden Front machen und gegen das Verordnungsrecht des Senats vorgehen. Es sei dann auch nicht nötig, mit einer Regierung zu arbeiten, die nicht imstande sei, die in diesen überaus wichtigen Fragen eine Lösung nicht findet. (Erregung rechts, lebhaftes Bravo links.) Die Ausführungen des Abg. Eppich erzielten lebhafteste Aufmerksamkeit im ganzen Hause.

Die kommunistische Fraktion ließ durch den Abg. Piskunowski erklären, daß die bestehende Lage schuld an dem Wohnungselend sei und deshalb auch die Pflicht habe, das Gesetz zu beseitigen. Die Deutschnationalen lehnten den Gesetzesentwurf ab und machten Stimmung für einen Zuschlag zur Einkommensteuer. Ganz entschieden wandte sich Dr. Piskunowski von der Deutsch-Danziger Partei gegen die Wohnungsbauabgabe, die eine Sozialisierung des Wohnungselends bedeute. Er empfahl die Aufnahme einer Auslandsanleihe. Wenn diese nicht möglich sei, möge der Staat seinen Grundbesitz verkaufen, und mit dem so erworbenen Geld Wohnungen bauen.

Gegen 1/3 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und die Beratungen auf heute nachmittag vertagt.

Stettner über die Englandfahrt der „Dudan“.

Die von Presse und Sachverständigen als erfolgreich anerkannte Fahrt der „Dudan“ von Danzig nach dem Firth of Forth läßt die Ansicht des Erfinders des Motors über sie besonders interessant erscheinen. Dieser hat sich gegenüber seinen Mitarbeitern darüber eingehend geäußert. Vor allem ist Stettner in vollem Umfang von dem tatsächlichen Erfolge der Fahrt, der seine Erwartungen ganz erfüllte, ja man kann sogar sagen, noch weit übertraf, bejubelt. Kann die „Dudan“ hier zum ersten Male in weitestgehendem Maße beweisen, daß sie an Seetüchtigkeit die Segelschiffe ihrer Klasse erreicht, und daß durch die Verwendung der Motoren an Stelle der Besatzung die damit tatsächlich verbundene Kostenersparnis erheblich ins Gewicht fällt, dazu auch eine höhere Geschwindigkeit erzielt werden kann, als sie sonst üblich ist.

Diese Erfahrungen wiegen um so schwerer, als das Wetter, das während der ganzen Fahrt herrschte, durchaus nicht günstig war, im Gegenteil, namentlich als man sich den Küsten Schottlands näherte, zu einem starken Sturm anwuchs, dem die „Dudan“ mader standhalten hat. Es ist auch, nach Ansicht des Erfinders, nicht zu verkennen, daß bei der Bedienung der Motoren als einer im Schiffsbetrieb ganz neuen Erfindung erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, um die volle Aktionsfähigkeit richtig im gegebenen Augenblick ausnutzen zu können. Der Kapitän des Schiffes hat sich lobend über die Manövrierfähigkeit der „Dudan“ ausgesprochen. Es konnte mit ihr in vollendeter Weise manöviert werden, trotzdem oft handhohe Wellen über Bord gingen. Das Motorschiff hat gegenüber dem Segler sogar die Vorteile, daß es die Windkraft in viel höherem Maße ausnutzen kann, vor allem auch beim Drehen des Windes, sich hierauf viel schneller einstellen läßt, als es bei Segelschiffen möglich ist. Es liegt, wie man sachmännlich sagen kann, längere Zeit am Wind, als es bei Segelschiffen der Fall ist.

Man darf bei der Beurteilung der „Dudan“ nicht vergessen, daß es sich hier um eine Verbesserung des Segelschiffes mit Hilfsmotor handelt. An und für sich ist nicht daran gedacht worden, ein Motorschiff mit Hilfsmotor zu bauen, sondern umgekehrt, ein Segelschiff mit Hilfsmotor. Der Kapitän hatte zwar den Auftrag, soweit wie irgend möglich und wie es die Sicherheit der Beladung gestatte, nur die Kraft der Motoren zu verwenden; daß er doch einige Zeit die Hilfsmotoren einschaltete, entspringt durchaus den Absichten des Erfinders; denn wie jedes Segelschiff, so ist natürlich auch die „Dudan“ vom Wind abhängig. Wenn auch die Nordsee als eines der stärksten und stürmischsten Meere der ganzen Welt gilt, so kommen doch auch hier Zeiten, wo eine derartige Flaute herrscht, daß ohne Hinzunahme des Motors, die Zeit, die das Schiff braucht, ungeheuer verlängert und dadurch das Bekreuzen, die Fahrtkosten zu verringern, wieder vereitelt würde.

Die Handhabung des Motorschiffes ist mit wenigen Worten dahin auszudrücken, daß es im wesentlichen wie ein Segler bedient wird. Die „Dudan“ hat bewiesen, daß Motorschiffe sehr geeignet sind für längere Seereisen. Dies vor allem deshalb, weil sie durch Verwendung der Motoren, die bedeutend weniger wiegen als die Takelage, eine größere Nutzlast haben, als die Segelschiffe, dann auch, weil die mitzunehmende Feuerung zum Antrieb der Hilfsmotoren geringer ist, als bei anderen Schiffen. Auf diese Weise wird der für die Beladung zu verwendende Raum vergrößert, womit eine Verbilligung der Frachten verbunden ist. Natürlich kann sich dies erst dann in Frachtpreisen ausdrücken, wenn eine genügende Anzahl von Motorschiffen gebaut ist, die einen Einfluß auf den Ueberseetransport von Waren ausüben können. Dies wird natürlich noch einige Zeit dauern. Vorläufig hat das Motorschiff zwar großes Aufsehen überall dort erregt, wo es in Deutschland oder England vorbeigekommen ist. Aber die Sachverständigen, die an sich durchaus den Wert der Erfindung und die hier gegebenen Sparmaßlichkeiten erkennen, wollen, ehe sie ihren Gesellschaftern empfehlen, ebenfalls an den Bau von Motorschiffen zu gehen, erst die Erfahrungen abwarten, die von deutscher Seite aus mit dem Schiff gemacht werden.

Immerhin hat die an sich gesunde theoretische Lösung des Problems, wie die Windkraft in bisher nicht gekanntem Maße durch Erzeugung von Unter- und Ueberdruck durch rotierende Röhren ausgenutzt werden soll, eine so praktische Ausgestaltung gefunden, daß schon die erste Fahrt als voller Erfolg angesehen werden kann.

Die Vorteile des Motors, die die Praxis bewiesen hat, sind: erhöhte Manövrierfähigkeit gegenüber dem Segelschiff, Erhöhung der Stundengeschwindigkeit bei Verwendung von Motoren im Verhältnis zu der Geschwindigkeit von Segelschiffen entsprechender Größe, weitgehende Ersparnis von Feuerungsmaterial für die Motoren, Vergrößerung der Nutzlast wegen des geringen Gewichts.

Im Klepperboot von Deutschland nach Afrika.

Der bekannte Sportmann Karl Schott aus Rensburg a. d. Donau, Mitglied des Klepperbootclubs Rosenheim am Inn, der mit seinem zerlegbaren Klepperboot, allein nur von seinem neuen Hunde „Dumpp“, einem Foxterrier, begleitet, die circa 10 000-Kilometer-Strecke von Bayern nach Ägypten, wobei er sich selbst zurücklegte, wurde in Kairo vorerst an seiner Weiterfahrt verhindert, da er von der englischen Regierung infolge der Ermordung des englischen Militär-Gouverneurs vollständig keine Weiterreiseerlaubnis erhielt. Er ist inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt, um seine Ausrichtung zu vervollständigen und nach Erhalt der Weiterreiseerlaubnis nach dem Sudan und Abyssinien vorzudringen. Schotts herrliche Leistungen fanden in allen Ländern, die er berührte, volle Anerkennung. Viele englische, türkische und

französische Zeitungen brachten Abbildungen des kleinen Sportmannes. Das von Schott benutzte zerlegbare Klepperboot, das bekanntlich eine deutsche Erfindung ist, erregte überall großes Aufsehen. Die Kaiserliche Schotts war folgende: Rensburg a. d. Donau — Oesterreich — Ungarn — Serbien — Bulgarien — Rumänien — nach Suda an der Donaumündung (35 Tage) — durchs Schwarze Meer nach Konstantinopel — durchs Marmara-Meer — Darbanelen — Negisches Meer über Smyrna an der Anatolischen Küste entlang, die Inseln Samos, Rhodos, Kasellonyo, beruhmend, zu längerer Fahrt in Adalia und Marcina; von dort fuhr er weiter nach Syrien — Palästina — Gaza — Jaffa, am Mittelmeer vorüber nach Alexandria. Von hier aus kam Schott durch den Sueskanal zum Nil, auf dem er nach achtmonatiger Fahrt Kairo erreichte.

Menschen, die sich selbst verkaufen.

Daß die Natur in ihren Vätern einen Menschen durch riesenhafte Kräfte, einen anderen durch zwerghaft kleinen Wuchs auszeichnet, diesen durch übermäßige Fettmassen und jenen wieder durch ungläubige Magerkeit unangenehm auffallen läßt, ist bekannt. Nicht als „Lebenswürdigkeiten“ auf Jahrmärkten zur Schau gestellt, dienen diese Unglücklichen gewöhnlich dazu, die Schaulust des Volkes zu befriedigen. Sehr oft hat auch die ernste Wissenschaft ein großes Interesse daran, die Ursache der Abweichung vom Normalen bei solchen Menschen zu erforschen, und aus diesem Grunde kommen häufig sehr eigenartige Handelsgeschäfte zustande.

Ein italienischer Arzt, der eines Tages einen Patienten untersuchte, fand zu seinem größten Erstaunen, daß sein Patient zwei, jedes für sich selbständig arbeitende, Herzen besaß. Der Arzt stellte dem Mann der medizinischen Fakultät in Mailand vor, und die Professoren, die ihn hier untersuchten, bestaunen die höchst merkwürdige Tatsache. Durch die Zeitungen wurde die Neuigkeit halb überallhin verbreitet, und sofort erhielt der Mann für seinen Körper die vortheilhaftesten Angebote. Jeden einer ganzen Anzahl von Schaustellern, die ihm die glanzvollsten Kontrakte boten, offerierte ihm das anatomische Museum der Vereinigten Staaten in New York 40 000 Franken für seinen Körper, nach dem Tode zahlbar in zwei Raten innerhalb fünf Jahren. Dies Angebot wurde jedoch übertrumpft durch die Madrider anatomische Gesellschaft, die dem Mann 70 000 Franken für seinen Körper zahlte.

Ein Londoner Drogerienhändler war einstmals durch den großen Streik der Postboten in der englischen Residenz mit seiner Familie in eine schlimme Nötlage geraten. Verschärft wurde diese noch durch Krankheit seiner Frau und eines Kindes. Dem Arzte, der Frau und Kind behandelte und dem der Arzt keine Not machte, fiel der übermäßig lange Schädel des Mannes auf und er bot ihm kurzschad 300 Mark, wenn er ihm seinen Schädel nach seinem Ableben „vermachen“ wolle. Der Arzt ließ sich den Handel ab und steckte die Summe, die ihm aus drückender Not befreite, um so erfreuter ein, weil der Handelsgesegenstand ja erst nach seinem Tode abgeliefert zu werden brauchte.

Einen ähnlichen Kaufvertrag schloß die medizinische Gesellschaft in Colorado mit einem Manne namens George Jennings ab, der einen abnorm dicken Kopf sein eigen nennt. Der Umfang seines Kopfes beträgt nämlich nicht weniger als 81 Zentimeter. Dem Jennings wurde die Kaufsumme von 3000 Dollars bewilligt und ihm davon der dritte Teil sofort ausbezahlt, den Rest erhielt seine Familie nach seinem Tode bei Ablieferung des Schädels. Verglichen mit dem Riesenhaute James Menzies in New York ist Jennings Kopf aber noch klein zu nennen, denn der des Ernannten hat den Riesenumfang von 1,31 Meter. Der Kopfumfang eines erwachsenen Mannes ist gewöhnlich 60 Zentimeter. Menzies Kopf ist also fast zweifach so groß als der eines normalen Menschen. Dabei ist Menzies ein Zwerg von nur vier Fuß Höhe, aber ganz ungewöhnlicher Bauart. Von den Hüften ab ist er von geradezu riesenhafte Proportionen, während die Beine wirklich grotesk kurz und dünn sind. Eine Gesellschaft von amerikanischen Ärzten hat den Körper dieses Riesenwerges für die Summe von 4000 Dollar gekauft, muß ihm aber außerdem alljährlich 500 Dollar für seinen Unterhalt bezahlen.

Einem in Boston lebenden 70jährigen Greise namens Wentworth ist es sogar geglückt, seine Körper zweimal zu verkaufen. Wentworth trat früher in einem Zirkus als Schlangenmensch auf, und seine kammernergenden Körperverrenkungen bewogen den Arzt Dr. Coase in Detroit, ihm 100 Dollar für seinen Körper nach seinem Tode zu bieten. Das Geschäft wurde abgeschlossen, aber schon einige Jahre darauf starb der Arzt, und Wentworth war wieder Herr seines Körpers. Er verkaufte ihn nun einem Arzte in Brooklyn für 300 Dollar, und diesem wird der Körper des Schlangenmenschen ausgeliefert werden, wenn — er diesen Arzt nicht auch noch überlebt.

Eine Scheidungsprozedur in Ungarn. Der Universitätsprofessor Desider Sosa hielt vor einigen Tagen in Budapest einen Vortrag über die Annahme der Scheidungsprozedur in Ungarn. Er führte aus, daß in Ungarn geradezu eine Scheidungsprozedur herrsche. Während noch im Jahre 1886 in Ungarn von 100 000 gültigen Ehen nur 37 geschieden wurden, entfallen in dem auf ein Drittel seines Gebietes zurückgedrängten Ungarn auf 100 000 rechtsgültige Ehen 415 Scheidungen. Professor Sosa schreibt die außerordentlich hohe Zahl der Scheidungsprozedur in Ungarn der wirtschaftlichen Notlage und dem allgemeinen Sittenverfall zu. Der größte Teil der Scheidungsprozedur entfällt auf die Intelligenzklasse. Bei 80 Prozent der Fälle ist der Mann der betreibende Teil im Scheidungsverfahren.

Die Fremdenlegion eine Falle für die Jugend.

Schon vor dem Africa trieben französische Werber in Deutschland ihr Unwesen, um junge Deutsche für die Fremdenlegion einzufangen. Leider ist ihnen ein großer Teil junger deutscher Menschen zum Opfer gefallen, die ihre Heimat nie wiedergesehen haben. Mit allen Mitteln der Verführung werden die jungen Leute für den Dienst in der Fremdenlegion angeworben und zum größten Teil wider ihren Willen nach Afrika verschleppt. Die Gefahr, daß junge Leute diesen Werbern in die Hände fallen, ist heute noch größer als vor dem Weltkrieg. Aus Saarbrücker Zeitungen entnehmen wir, daß sich im Saargebiet französische Werbestellen für die Fremdenlegion aufgetan haben, die ganz offen zum Eintritt in die Fremdenlegion auffordern.

Von Staatswegen kann sich Deutschland gegen diese Propaganda nicht wehren. Denn der Versailler Friedensvertrag, der in Artikel 179 das allgemeine Verbot für Deutsche anspricht, Dienst in fremden Heeren, bei Morinen oder im Aufstand zu nehmen, hält in einer Zusatzbestimmung ausdrücklich das Recht Frankreichs, gemäß den französischen Militärgesetzen und Verordnungen Rekruten für die Fremdenlegion anzuwerben, aufrecht. In der Tat macht Frankreich von diesem Recht weitgehendsten Gebrauch. Seine Werber eilen durch alle Staaten der Welt, besonders auch durch Deutschland, und es gelingt ihnen immer wieder, junge Leute einzufangen, die von Abenteuerlust getrieben, leichtsinnig den Verpflichtungschein unterschreiben. Vor dieser Gefahr kann man die jungen Leute nur durch weitestgehende Aufklärung warnen. Alle vorbeugenden Mittel nützen nichts, wenn die Jugend nicht selbst volle Klarheit über das Wesen der Fremdenlegion erhält. Sie soll und muß wissen, daß diese Legion eine Soldatenerziehung ist, wie sie barbarischer und mittelalterlicher kaum gedacht werden kann. Wer sich ihr verschreibt, muß damit rechnen, daß er früher oder später im Kriegsdienste Frankreichs, also zur „höheren Ehre“ der großen Nation verblutet oder elendiglich im glühenden Sande Afrikas umkommt. Der französische General Negrier hat in einer Ansprache an die Legionäre einmal die drastischen Worte formuliert: „Legionäre, ihr seid Soldaten, um zu sterben und ich schick euch hin, wo man stirbt!“

Man kann mit gutem Gewissen behaupten, daß 80 Prozent aller Legionäre unter dem blutigen Banner Afrikas begraben liegen. Es ist nachgewiesen, daß die Fremdenlegion von ihrer Gründung im Jahre 1831 bis 1914 rund 200 000 Mann Verluste hatte, und es ist ferner ausgerechnet, daß 60 Prozent aller Legionäre Deutsche sind.

Ein bequemes Mittel für die Führung ihrer eskalantischen Feldzüge kann sich die französische Gegerverwaltung nicht wünscheln. Sie hat daher auch nach dem Kriege den Legionsbestand vergrößert, ja bis 1923 geradezu verdoppelt. Die heutige Fremdenlegion zählt 50 000 Mann. Davon sind nach allgemeiner Wahrscheinlichkeitsrechnung rund 30 000 Deutsche. Die Zahlen genügen, um die Gefahr eines Eintritts in diese Truppe darzutun.

Eine Spinne die Fische frist.

In Südamerika lebt, wie Forscher festgestellt haben, eine Spinne, an der man die eigenartige Beobachtung machen kann, daß sie Fische frisst. Man wurde auf das Tier, das der Spinnengattung Thalassius ipencerie angehört, dadurch aufmerksam, daß man ein Exemplar, das irrthümlicherweise in ein mit kleinen Fischen besetztes Aquarium gelangt war, dabei überraschte, als es an einem Fisch fraß, der kurz zuvor noch frisch und munter gewesen war. Die Spinne ist nicht groß; allein ihre Beine sind sehr lang und außerordentlich kräftig, und mit Hilfe ihrer Beine gelingt es ihr auch, Fische zu überwältigen, wobei sie folgendermaßen an Werke geht: Sie legt sich auf eine feste Unterlage, etwa einen Stein, in der Weise, daß sechs ihrer langen Beine ausgebreitet auf dem Wasser liegen, ohne aber die Ruhe des Wasserpiegels durch eine Bewegung zu stören. Da sie sich vollständig ruhig verhält, schwimmen die Fische ganz in ihre Nähe, sobald aber einer in ihr Bereich gelangt, d. h. gerade unter ihre ausgebreiteten Beine kommt, so taucht die Spinne plötzlich unter; gleichzeitig legen sich mit einem kräftigen Ruck ihre Beine rund um den Fisch und halten ihn fest. Dann schleppt sie die Beute, die sich den sie umschlingenden Fangarmen nicht mehr entwinden kann, ins Trockene und verzehrt sie langsam. Das Spinnen sich oft an größere Tiere wagen und sie in der Tat bewältigen, ist ja bekannt, da z. B. die südamerikanische Vogelspinne sogar kleine Vögel und Kröten frist. Als Fischfresserin dürfte die genannte Thalassius-Art aber wohl einzig und allein in Betracht kommen.

Die Gefahr der Blindheit. Es ist nun dem Doktor Bonneson in Bordeaux gelungen, den sechzehnten Kriegshunden geheilt aus seiner Klinik zu entlassen. Ein Hr. Genet Noel hatte durch Verwundungen im Gesicht das Augenlicht vollständig verloren. Er entschloß sich, ohne große Hoffnungen übrigens, sich dem neuen Verfahren zu unterwerfen. Dr. Bonneson erklärte sich bereit, die Operation vorzunehmen, zahlte aber selbst den Fall unter die wenig aussichtsreichen. Wider Erwarten glückte die Operation ausgezeichnet. Bald nach der Behandlung konnte der Kranke die Personen seiner Umgebung unterscheiden, nach kurzer Zeit mittels einer Lupe lesen, und nach einigen Wochen wird er, so versichert der Arzt, mit einer eigens für ihn konstruierten Brille seine normale Sehkraft wiedererhalten. Das ist bereits der sechzehnte Fall, daß ein Kriegshunder sein Augenlicht wiederfindet.

KAVALIERE SAGEN



Talun bleibt Talun

Bekanntmachung!

Die in Deutschland ausserordentlich beliebte Qualitäts-Zigarette

Salem Cavalier

ist jetzt auch im Freistaat in allen Zigarrengeschäften und sonstigen besseren Verkaufsstellen zu haben.

6 Pfg.

Blechpackung

6 Pfg.

Die Entwicklung der europäischen Saluten.

Eine Anzahl europäischer Saluten, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ihren Wert erheblich zu steigern vermochten, erfuhr im laufenden Jahre eine Ab- schwächung. So das englische Pfund, das gegen Ende Januar 1925 bereits 90 Prozent seiner Vorkriegs- parität erreicht und nahe daran war, den Vorkriegs- wert wieder zu erlangen.

Der Grund für die Schwankung dieser Saluten ist in der Kapitalwanderung aus den Vereinigten Staaten zu suchen. Bis Ende Januar strömten ameri- kanische Kapitalisten nach Europa und hatten daher ver- mehrten Ansehens von Dollar die europäischen Saluten ge- wärtigt. Seitdem hat eine Rückwanderung amerika- nischer Kapitalien eingeleitet. Dank der Goldkontra- tur in den Vereinigten Staaten ist wieder eine große Nach- frage nach Kapitalien vorhanden, weshalb der Kreditzins- fuß dort wesentlich gestiegen ist.

Sehr auffallend war der Rückgang der italieni- schen Lira, der nur in der Verwirrung des politischen Herrschaftswechsels seinen Grund haben kann, da Finanzen und Wirtschaft Italiens sich jetzt in günstiger Lage befinden. Die Stabilisierung der dänischen Krone kann dank der Maßnahmen der Regierung, als gelungen betrachtet werden.

Der Abbruch der Diskont-Gesellschaft.

Aus dem letzten veröffentlichten Geschäftsbericht der Dis- kont-Gesellschaft für das Jahr 1924 ist in erster Linie ein starkes Anwachen der Umsätze zu entnehmen. Die Summe, die im Jahre 1924 erreicht wurde, betrug 682 Millionen Mark (1923 waren es 487 Millionen Mark). Die Umsätze, die in den Kreisen der Privatwirtschaft als Mittel annehmen- den Umfang wieder annehmen, während als Ergebnis der über- liehenen Freie die Kontrakt der Veräußerung immer mehr schmindet und die Abzahlung in der Wirtschaft immer mehr zunimmt. Aus diesem Geschäftsbericht ist auch der vorweil- lige Höhepunkt zu betrachten, der allein für die Geschäftsjah- re 65,7 Millionen und für den ganzen Diskont-Kontrakt (Kor- rektur der Bank und Schaaffhausens) 116 Millionen ausmacht.

Er ist höher als der Nettogewinn im Jahre 1914 und stellt einen erheblichen Bruttoertrag dar. Durch die erhöhten Umsätze aber verbleibt nur ein Netto- gewinn von 10,77 Millionen. Leider gibt die Bilanz die Um- lösen nicht spezifiziert an. Es ist vielmehr ein Sammel- konto gebildet, in dem neben der Gewinnbeteiligung für die Direktoren, Geschäftsinhaber usw. auch die Gewinnbeteili- gung für die Angestellten vorgezogen ist. Eine genaue Nach- prüfung, worin eigentlich die Steigerung der Geschäfts- umlösen beruht, ist daher nicht möglich. Da die Diskont- Gesellschaft aber ihr Personal im Herbst 1923 bis Anfang 1925 ungefähr von 17 500 Köpfen auf 8000 Köpfe abgebaut hat, kann allerdings gesagt werden, daß man, soweit die Angestellten in Frage kommen, die Umsätze mit aller Energie gedrückt hat. Auf anderen Gebieten scheint man nicht mit der gleichen drastischen Strenge vorgegangen zu sein. Aus dem Netto- gewinn verteilt die Diskont-Gesellschaft wie die beiden Schweizergesellschaften, die Norddeutsche Bank und die Schaaffhausensche Bank 10 Prozent Dividende (im Frieden 8 Prozent). Sie hat also den gleichen Satz gewählt, wie die Berliner Handels-Gesellschaft, während die Dresdener Bank und die Mitteldeutsche Kreditbank bekanntlich 6 Prozent aus- schütten.

Der englische Schiffbauvertrag für Deutschland. Zu dem Ansehen erregenden, umfangreichen Auftrag einer eng- lischen Firma an die Deutsche Werft, Hamburg, fünf Holz- schiffe zu je 10000 Tonnen zu bauen, berichtet das „N. Z.“ noch folgende interessante Einzelheiten: Der Unterschied zwischen dem niedrigen englischen Angebot, das die ver- gebende englische Firma natürlich an sich lieber abgelehrt hätte, und den Deutschen Wertes lag etwa 80000 Pfund pro Schiff, insgesamt also 400000 Pfund betragen haben. Von den Auftragsgebern wurde, nur am möglichsten den Bau der Schiffe in englischen Händen zu lassen, den vier offerie- renden einheimischen Firmen angeboten, man werde die Rechnungen auf englischen Wertes ansetzen, wenn diese Wertes den Bau der Schiffe mit einem Aufschlag von zehn- tausend Pfund pro Schiff über das deutsche Angebot hinaus ausführen könnten. Trotz dieses anderen Entgegenkom- mens erklärten die englischen Wertes diesen Vorschlag für unannehmbar. So doch nun tatsächlich der Auftrag der deutschen Konkurrenz zuteil wurde.

Effekte zur Recht der polnischen Tabakmonopols lief in diesen Tagen bei der Handelskammer von einem amerika- nischen Finanzkonglomerat ein, in der für die Post des ge- samten polnischen Tabakmonopols 35 Millionen Dollar jähr- lich geboten wurde. Die Amerikaner hegen die Hoffnung, daß bei einer rationalen Wirtschaft die Einnahme aus dem Tabakmonopol auf 50 Millionen Dollar steigen wird.

Weitere englische Bestellungen bei der deutschen Industrie. Die „Daily Mail“, die die Vergebung der britischen Schiffe an die deutsche Werft Munders scharf kritisiert hatte, bringt heute neue Meldungen über das Umklappen des deutschen Weltverkehrs. Danach hat die Düblicher Transvaal-Gesell- schaft bei den Deutschen Kesselwerken die für den Bedarf der nächsten zwölf Monate erforderlichen Stahlfabrik bestellt. Die Südafrikanische Eisenbahngesellschaft hat 24 Tankwagen bei einer südafrikanischen Firma und die Südafrikanische Eisenbahn- gesellschaft 15 Lokomotiven bei Massey in Ruanda in Auf- trag gegeben.

Größere englische Handelsreisende im Februar. Die englischen Importeure nahmen im Februar von 129,1 Millionen ab, während gleichzeitig die Exporte eine geringe Steigerung von 69,0 auf 69,2 und die Handelsreisende eine Steigerung von 13,3 auf 13,8 Millionen Pfund erlitten.

Kleine Nachrichten

Renar Rathenau-Werksbesuch im Mai. Der Oberstaats- anwalt hat es abgelehnt, das Verfahren gegen den Fabrikanten Rathenau-Werk einzustellen. Die Verhandlungen des Pro- zesses gegen Rathenau-Werk und gegen den Studenten Gün- ther Brandt sollen Anfang Mai vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden.

Amundsen's Nordpolflug. Dienstag wurden in Gjøraas auf dem norwegischen Dampfer Soga die beiden Flugzeuge verladen, mit denen Amundsen im Sommer seinen Nordpol- flug unternehmen wird. Amundsen wird vom Seemann Oskar Kambal begleitet sein, der den Professeurexperten er- klärt, diesmal sei alles sorgfältig vorbereitet. Die beiden Flugzeuge würden für den Hin- und Rückflug zum Pol nicht mehr als 24 Stunden brauchen.

Abkündigung der Sommerzeit in Holland. Die zweite holländische Kammer nahm den Regierungsvorschlag auf Ab- schaffung der Sommerzeit mit 92 gegen 24 Stimmen an.

Revoluzzer-Attentat auf einen Journalisten. In Wien feuerte ein junger Mann auf den Journalisten und Schrift- steller Hugo Bettner mehrere Revolvergeschosse ab. Bettner hatte sich in der letzten Zeit durch besonders freie Berichter- stellung und exzessive Probleme bekannt gemacht. Der ver- haftete Attentäter erklärte, daß er die Jugend vor dem ver- derblichen Einfluß der Schriften Bettners schützen wollte.

Die Höhe des Niltaltes als Kraftstation. Prof. B. G. Barker wies in einer öffentlichen Vorlesung in London auf die Zukunftsentwicklung des tropischen Afrika hin. Er er- wähnte u. a., daß das Problem der Verwendung der Niltal- höhe für elektrische Kraft jetzt der Lösung nahe sei, und daß in naher Zukunft in der Sahara die größte Kraftstation der Erde entstehen werde. Aus dem tropischen Sudan werde ein zweites Argentinien sich entwickeln, während England die Goldküste zu dem größten Kakaoproduzierenden Land mache.

Der troden geleerte Broadway. Eine Aufsehen erregende Raasie der Prohibitionenagenten hat nach einer Verurteilung des amerikanischen Staatsanwaltschaftsrates zur Schließung von 500 Restaurants, Bars und Kabarettis auf dem Broad- way in New York geführt. Unter den durch diese Verord- nung betroffenen Lokalen befanden sich 14 der elegantesten und teuersten Nachtclubs. Allen etwa die sogenannte Fab- lock-Notte an. Die Spottlieder haben beschlossen, sich vom Schanulas ihrer Taktik zurückzuziehen, solange bis der Sturm vorüber ist. Die Raasien veranlaßten die New Yorker Mütter zu ähnlichen Kommentaren. So schreibt die „New York World“, daß der Bericht-Galenber für die Verfolgung aller der bei den Raasien Verhafteten halb 500 überlassen werde, wenn die Raasien weiter in dem Maße durchgeführt werden.

Ein neues Rüstungsmodell gefunden? Amerikanische Archäo- logen haben in der Nähe der großen Pyramiden von Gizeh ein Grab freigelegt, von dem sie annehmen, daß es das Grab von Senusert, dem ersten Herrscher der 4. Dynastie sei. Das Grab enthält eine große Anzahl unversehrter Sarkophage und viele interessante Gegenstände. Die jedoch sehr brüchig sind.

Lederwaren! Damen-Kofferbuchen, Besuche und Besuche, Portemonnaies, Schultaschen, Federtaschen, Aktentaschen, Markttaschen, Reisetaschen und zu billigen Preisen. Union-Parfümerie, Ziegenstrasse 6 (Durchgangsbahn Brückstrasse-Landwehr)

Empfehlungs-Woche

Diese Preise sollen und werden uns empfehlen

Table with multiple columns listing clothing items (Damen-Konfektion, Herren-Konfektion, Baumwollwaren, Kleiderstoffe) and their prices. Includes items like Damen-Mantel, Herren-Hose, and various fabrics.

Trotz der tabellarisch billigen Preise werden sämtliche Waren, auf welche kleine Nachtragungen gemacht werden, 4 Wochen reserviert. ÜRSTENBERG Ww.

Danziger Nachrichten

Der Mädchenmord im Werber.

Der Mord bei Schönau, bei dem die 23jährige Tochter des Schwiegerschneiders Wohlfarth aus Mielenz von dem landwirtschaftlichen Arbeiter Rudolf Nipkau aus Königshof bei Marienburg mit einem Knüttel erschlagen wurde, gelangte, wie schon gemeldet, gestern vor dem Obigen Schwurgericht zur Verhandlung. Zu den geladenen elf Zeugen wurden weitere elf, unter ihnen der Vater des Angeklagten, Justizmann Nipkau aus Königshof, telegraphisch geladen, so daß im ganzen 22 Zeugen zu vernehmen waren.

Der Vorsitz führte Landgerichtsrat Deuschlron. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sanger. Als Sachverständige waren geladen Kreismedizinalrat Dr. Steger, Regierungs- und Medizinalrat Dr. Wangold-Liegenhof und Oberkommisnar von Polizeiwirtschaftsdienst. Verteidiger war Justizrat Kron.

Die Anklage lautete auf vorsätzliche Tötung und Notzucht. Bald nach Beginn der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Der am 19. Oktober 1908 in Thiergartfelde geborene Rudolf Nipkau machte einen geistig zurückgebliebenen Eindruck. Das Verhalten des Angeklagten zeigte fast kindlich-schwehrende Zurückhaltung. Scheinbar ist seine Aufmerksamkeit nicht bei der Sache. Sein Blick irrte in den Zuschauerraum. Sobald irgendwo eine leise Bemerkung ausgetauscht wurde, wendete er sein Gesicht dorthin. Der Verhandlungsleiter mußte ihn wiederholt ermahnen, sich an die Vernehmung zu halten. Schließlich mußte Nipkau aus der Anklagebank vor den Richterlich treten, damit er mehr an den Verhandlungsgegenstand gefesselt wird. Die Vernehmung gestaltete sich recht umständlich. Auf fast jede Antwort schielte sich der Angeklagte erst lange bestimmen zu müssen und weiß auch vieles nicht, was er bereits in der Voruntersuchung ausgelegt hat. So konnte sich der Angeklagte anfänglich nicht barauf bestimmen, wann er die Schule verlassen hat. Die Schule hat er in Al.-Brooksee und Campenau besucht. Nach der Schulentlassung hat Nipkau als landwirtschaftlicher Arbeiter bei verschiedenen Besitzern gearbeitet, so bei den Besitzern Brosche-Königshof, Claasen-Bruppenhof (Mittelfeld), Daniel-Mielenz, Bastian-Schnau. Die letzte Dienststelle vor seiner Verhaftung hatte Nipkau bei Ebert-Schnau, von wo er am 18. Januar nach nur wenigen Dienstadttagen entlassen wurde, da Ebert mit seinen Arbeitsleistungen nicht zufrieden war. Die Tage vor der Tat will Nipkau bei seinem Vater in Königshof zugebracht haben. Nach langem Bekennen gibt Nipkau an, daß er nach Königshof hat davon sechs jüngere und eine ältere Schwester. Seine Mutter sei in der Irrenanstalt in Conradstein. Nipkau vermag nicht genau anzugeben, wann er von seiner vorletzten Dienststelle fortging. Fünf Gulden will er dort erhalten haben. Er begab sich darauf nach Marienburg und hat dort einen Tag lang mit dem Besehen von Schaufenstern zugebracht.

Am 18. Januar, also drei Tage vor dem Mord, trat Nipkau bei Ebert in Schönau in Dienst. Die Stelle verließ er zwei Tage später wieder, da er nach seinen Angaben zu langsam gearbeitet habe. Der Angeklagte will bei seinem Fortgang keinen Krutstock, sondern nur einen glatten Weidenstock bei sich gehabt haben. Vors.: Sie lesen so besonderen Wert auf den Stock. Warum kreuzten Sie gerade in diesem Punkt so sehr? Weil eine Anzahl Jungen mit der Behauptung auftraten, daß Sie einen Stock mit einer Krücke gehabt

haben? Angell.: Ich habe nur den erwähnten Weidenstock bei mir gehabt, den ich auf dem Dammsfelder Weg am Montag (also am Mordtage) gefunden habe. Vors.: Was für einen Stock hatten Sie, als Sie am Freitag zu Ebert kamen? Angell.: Ich habe gar keinen Stock mitgebracht. Am Sonntag, den 18. Januar, bin ich nachmittags bei meinem Vater in Königshof gewesen und dann später nach Marienburg gewandert, um dort ein Kino zu besuchen. Gasthäuser habe ich an diesem Tage nicht aufgesucht.

Am Mordtage, dem 19. Januar, will Nipkau früh morgens von Königshof in Richtung Marienburg fortgegangen sein und habe in Schönau bei seinem früheren Dienstherrn seinen Weidenstock abgeholt. Dort habe er einen starken Knüttel gefunden und soll dabei den Ausruf getan haben: „Wer mit dem bekommt, der hat genug.“ N. bekräftigt erneut, bei seinem Fortgang von Königshof einen starken, eigenen Spazierstock über dem Arm getragen zu haben. Von Schönau will N. nach Bernersdorf auf Arbeitsnachfrage gegangen sein. Nach Schönau zurückgekehrt, ging er ins Gasthaus Gurky, um dort Schokolade zu kaufen, die er Fräulein Emma Wohlfarth schenken wollte. Danach ist Nipkau der Wohlfarth in der Richtung auf Mielenz gefolgt und sollte sie in der Nähe der Schwentebrücke ein. Hier schleifte er die W. in einen Haufen Gras und soll sie geschlagen haben. Nipkau schweigt sich allen diesbezüglichen Fragen des Vorsitzenden gegenüber vollständig aus, obwohl er im Ermittlungsverfahren die Tat in vollem Umfange gestanden hat. Er soll die Leberjähne mit dem Weidenknüttel von hinten über den Kopf geschlagen und sie gewürgt haben.

Ein Sittlichkeitsverbrechen stellt der Angeklagte in Abrede. Die geraubte Tasche will er auf einen Aker geworfen haben. Nach der Tat ging N. wieder nach Schönau, um sich Zigaretten zu kaufen, von dort nach Marienburg zum Besuch eines Kinos und von hier nach Campenau, um am nächsten Tage wieder in Marienburg herumzubummeln. In einem Lebensmittelgeschäft soll er einen Danziger Gehirngülden eingewechselt haben. In Königshof bei seinen Eltern wechselte er am nächsten Tage seine Kleidung und wurde am 21. Januar verhaftet. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden: „Wie ist es gekommen, daß Frä. Wohlfarth gestorben ist?“ lachte Nipkau.

Dann wurde, in die Beweisaufnahme eingetreten, die sich einfach gestaltete, da neben dem Geständnis auch die Jugendbeweise die Täterschaft des N. klar erkennen ließen. Nach elfstündiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Es lautete auf 15 Jahren Zuchthaus wegen Totschlag mit verurteilter Notzucht. Der Verurteilte nahm die Strafe an.

Die Stadtbürgerchaft.

Will ihre Staatsberatung jetzt energetisch zum Abschluß bringen. Es sind zu diesem Zweck für die nächste Woche zwei Sitzungen am Dienstag und Freitag nachmittags, in Aussicht genommen. Zur Beratung stehen noch folgende Haushaltspläne: Jugendamt, Kinder- und Waisenhaus, Besondere Jugendheim, Säuglings- und Mütterheim, Gesundheitsamt, Selbstbehaltung, Krankenhaus in Verbindung mit der Vorlage, Neuorganisation der Kosten für das städtische Krankenhaus, Arbeits- und Siechenhaus, Volkshochschule, Müllbeseitigung, Straßenreinigung und öffentliche Beleuchtung, Feuerwehre, Hochbauverwaltung in Verbindung mit dem Antrag von Stadtv. betr. Einrichtung weiterer Herrenklosetts auf Salswerk, Tiefbauverwaltung, Wetter Station auf der Lagerordnung, Neuorganisation der Besoldung der Krankenschwestern; Normierung der Arbeiter-Beihilfen für Klein- und Mittelwohngruppen; Ermächtigung des Senats zur Ermächtigung der Pacht- und Mietzins; Antrag von Stadtv. betr. a) Wiederinbetriebnahme des städt. Leihamtes, b) Veranlassung der Mieten.

Einladung zu dem am Sonnabend, den 14. März, abends 7 Uhr, im Hotel Werber-Hof stattfindenden

Frauenweltabend

Das Programm enthält: Musik, Gesang, Tanz, bunte Darbietungen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 50 Pf. erhoben.

Der Bildungsausschub der Frauenwelt im Anschluß daran laden der 8. und 10. Bezirk der G.P.D. zu ihrem diesjährigen Winter-Vergnügen ein.

Gefängnis für Milchverfälschungen.

Schon wieder sind einige Fälle von Milchverfälschungen zur Anzeige gebracht und jetzt zur Aburteilung gekommen. Angeklagt war die Verkäuferin Hermine Beidler in Heubude und deren Dienstmädchen Emma Werka und Maria Krainisch. Die beiden Dienstmädchen hatten auf der Weide die Kühe der Frau Beidler zu melken. Sie sollen aber die Milch nicht ganz ausgemolken haben und eschleuten dadurch weniger und dazu noch fettarme Milch. Um aber stets die gleiche Milchmenge nach Hause zu bringen, gossen sie einfach aus dem Graben die entsprechende Menge Wasser dazu. Das Wasser wurde schmutzig wie es war in die Milch gegossen. In einem Falle wurden 67 Prozent Wasser hinzu genommen. Diese verfälschte Milch wurde als Vollmilch verkauft. Frau Beidler behauptete, die Verfälschung nicht bemerkt zu haben. Das Gericht verurteilte Frau Beidler wegen fahrlässiger Milchverfälschung zu 300 Gulden Geldstrafe. Sie sei verpflichtet gewesen, sich um ihre Milchwirtschaft zu kümmern. Die beiden Mädchen wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Nur aus Mitleid hätte sie so gewissenlos gehandelt. Es wäre nur zu wünschen, daß man auch gegen andere Milchverfälscher mit der gleichen Strenge vorgeht, wie es in diesem Falle gegen die beiden Dienstmädchen geschehen ist. Die Verkäuferin Beidler hat man leider immer erheblich alimpflicher davonkommen lassen. Wenn man gegen Dienstmädchen mit dieser Strenge vorgeht, muß das auch bei Angeklagten aus den besitzenden Kreisen geschehen. Eine Klassenjustiz soll es doch nicht geben?

Nach eine Wirtschaftlerin Anna Lanauer in Sanofuhr stand unter der Anklage der Milchverfälschung. Eine Frau bemerkte, daß sich die Milch verschlechtert und beklagte sich bei der Polizei. Die Milch wurde untersucht und es zeigte sich, daß die Milch mit Wasser verdünnt war und nur 1.80 Prozent Fettgehalt hatte. Die Staatsproben ergab einen Fettgehalt von 3.05 Prozent. Das Schöffengericht verurteilte die Wirtschaftlerin zu 100 Gulden Geldstrafe wegen Milchverfälschung.

Danziger Standesamt vom 12. März 1925.

Todesfälle: Witwe Anna Lange geb. Dübbe, 75 J. — Hansheuer Ferdinand Bürger, 62 J. 6 M. — Schlosser Adolf Wandomir, 60 J. 7 M. — Ehefrau Marquardt Lindauer, 47 J. 3 M. — Ehefrau Amalie von Reddelmann geb. von Reddelmann, 62 J. 6 M. — Witwe Emilie Lau geb. Stenzel, 88 J. 2 M. — Witwe Amalie Mamrot geb. Kirch, 80 J. 11 M. — Tochter des Arbeiters Josef Kaufmann, 6 M. — Tochter des Stellmachers Franz Rudnicki, 2 M. — Unbekannt: 1 Tochter.

Verantwortlich: für Politik Ernst Voops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber. für Anzeigen Anton Franken sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von G. G. Schell & Co. Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Neupflasterung soll in den nachfolgenden Straßen mit der Verlegung der Tagewasserkanäle und der Anschlußleitungen für die einzelnen Grundstücke alsbald begonnen werden:

Hufschmiedegasse, Kürschnergasse, Langgarter Wall, Raßhausgasse, Pfaffgasse, Röhmtor, Saiper Straße.

Unter Bezugnahme auf das Ortsstatut vom 1. August 1924 betr. die Entwässerung der Grundstücke fordern wir daher die Anlieger in diesen Straßen auf, die vorgeschriebenen Anträge für die Grundstücksentwässerung möglichst umgehend dem städt. Kanalbauamt einzureichen. Die Pläne sind bestimmungsgemäß in zweifacher Ausfertigung, wovon eine Ausfertigung in dauerhaftem Material (Pausleinwand oder auf Leinwand aufgezeichnete weisse Lichtpaus) hergestellt sein muß, einzureichen.

Die nahe beieinander liegenden straßenseitigen Regenfallrohre zweier Nachbargrundstücke können bestimmungsgemäß zur Ersparung von Kosten gemeinsam durch eine einzige Anschlußleitung an den Straßen-Regenwasserkanal angeschlossen werden. Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so ist die Einreichung einer schriftlichen Vereinbarung mit dem Eigentümer des Nachbargrundstücks über die Tragung der Bau- und Unterhaltungskosten für die gemeinsame Anschlußleitung unbedingt erforderlich. Die Vereinbarung ist gleichzeitig mit den Zeichnungen einzureichen.

Wir empfehlen dringend, bei Anfertigung der Entwässerungspläne eine fachkundige Installationsfirma zu Rate zu ziehen.

Die Aufnahmepflicht in den Städtischen Anwesenheitsbüchern findet am Dienstag, den 24. März d. J., vorm. 9 Uhr, statt.

Die Schüler haben sich bei denjenigen Mittelschulen zu melden, die in ihrem Stadtbezirk liegen, da die Einschulung befristet erfolgt.

Zur Aufnahmepflicht sind das Offizierszeugnis sowie die Geburtsurkunde, der Impfausweis und Schreibrückenscheit mitzubringen.

Danzig, den 11. März 1925.

Der Senat, Schuldeputation.

Mädchen-Mittelschule Langfuhr

Beginn des Schuljahres Donnerstag, den 12. April, 8 Uhr. Aufnahme für die Klassen V u. IV (u. a. Schuljahr) am Sonntag 12-1 Uhr. Prüfung für Klasse V (5 Schuljahr) am 27. März, 3 Uhr. Dr. Lehmann-Klengst, Direktorin.

Landpost.

Eine 25000 qm große Ackerfläche auf dem Grundstück Trost Bl. 23 unweit der Eisenbahn-Hauptwerkstätte soll vom 1. 4. 25 ab auf unbestimmte Zeit zur landwirtschaftlichen Nutzung unter dem Vorbehalt der jederzeitigen Nachtentziehung verpachtet werden. Preisangebote bis zum 20. d. Mts. an unsere Geschäftsstelle Elisabeth-Kirchengasse 3, Zimmer 21. 17017

Städtische Grundbesitzverwaltung.

Drei nicht mehr für den Dienst im Städt. Fuhrpark geeignete Pferde sollen verkauft werden. Esichtigung und Abgabe der Angebote bis zum 16. März 1925 im Städt. Fuhrpark, Altbottland 46. 17019

K. Leberwurst Pfund 1.20 G
E. Jagdwurst Pfund 1.20 G
Wiener- und Backwurst empfiehlt:
Bruno Fürste, Fleischermstr.
Fasnigaden 21, 2. Min. vom Hauptbahnhof
Telephon Notamt 8246
17009

Marie Lenz vorm. A. Lenz
Werkstatt für feine Blumenbinderei
Fernspr. 6023 Schloßstraße 2 Fernspr. 6028
Traversierholz, Tafelschmückungen
Sträuße und Blumenkörbe
in geschmackvoller Ausführung
1220

Musiknoten
für Klavier, Violine, Cello, Gesang usw.
sowie f. Salonorchester in groß. Auswahl
bei **Christoph, Schmiedegasse 30**
N.B. Alle neuen Schräger wieder vorrätig.

10 000 qm Gelände
mit Gleisanlage, resp. Anschließmöglichkeit zu pachtbar zu kaufen gesucht. Lage möglichst nahe Stadt. Angebote unter E 87 an die Expedition der Danziger Volksstimme, Spandhaus 6. 17011

Bei kleiner Anzahlung
geben wir die Ware sofort mit an
KREDIT
Neu eingetroffen:
elegante Herren-Anzüge
Herren- und Damen-Mäntel
Kostüme, Regenmäntel
9 Danziger
9 Textil-Haus
Lange Brücke 1716

HAUS
in bester Geschäftsgegend zu kaufen
gesucht. Angebote mit Preis unter
E 90 an die Exp. der Volksstimme.

Büreauräume
gesucht!
Sofort 2 freundliche Büreauräume nebst Zubehörlim Zentrum der Stadt oder Altstadt zu mieten gesucht. Offerten unter E 1000 an die Expedition der Volksstimme erbeten. 17020

Pferdefütterer
Kelterer, nur zuverlässiger, ehrlicher Mann welcher im Stall schlafen muß, wird als Pferdefütterer gesucht. Angebote unter E 64 an die Expedition der „Danziger Volksstimme“. Am Spandhaus 6
E Ehepaar sucht
Zimmer
1110
ernst. Am u.
Exp. d. Volksst.
Berufs. eine Mädchen
1.4. anshnd. 1194
Schlafstelle.
Angeb. unter E 86 an die
Expedit. der Volksstimme.

Gärtner
mit nur guten Zeugnissen,
unverheiratet, im Gemüde
bau und Verkauf bewandert,
in selbständ. Stellung
gesucht. Angebote unter
E 89 an die Exped. der
Volksstimme. 11187

Mädchen
das auch kleine Hausarbeiten
verrichten kann, gesucht.
Angebote unter E 95
an die Exped. der Volksstimme. 11193

**Ordnliches
Hausmädchen**
mit guten Zeugnissen für
2 Allere Leute zum 1. 4
gesucht. Angeb. unt. E 103
an die Exped. der Volksstimme. 11201

Jung. Mädchen
vom Lande, mit guten
Zeugnissen sucht Stellung.
Angeb. unter E 100 an
die Exped. Volksst. 11198

Sauber möbl. Zimmer
vom 15. März z. vermieten.
Hundeaße 119, 2. 11228

Jug. Ehepaar sucht möbl.
od. leer. Zimmer m. Küchen-
ben. Offerten unt. 1697 an
d. Exped. d. Volksst. 11209

Jug. Kaufm. sucht ab 1. 4. einj.
möbl. Zimmer in Dgg. Be-
borg, N. Straßens n. Neu-
fabrm. Ana. u. V 1698 a. d. E.

Wasserarbeit
jed. Art wird saub. u. billig
ausgef. Karpensteig 19, 1
Karte anshnd. 11162

**Damen-
garderobe**
wird aufhängend angefertigt.
Kostüme von 20 G.
kleider von 10 G an.
Hundegaße Nr. 78, 4 Tr.

Leihhaber
mit 1000 Guld. für tägl.
Bedarfsartikel bei hohem
Gewinn sofort gel. Ang.
unter E 83 an die Exped.
Volksstimme. 11181

**Landwirte,
Geschäftsleute**
die vorübergehend Geld
brauchen, erhalten Darlehn
gegen Sicherheit und zeit-
gemäße Zinsen von Selbst-
geber. Angeb. unter E 94
an die Exped. der Volks-
stimme. 11192

**Kostüme, Mäntel und
Kleider**
werd. saub. u. bill. angefert.
Pfefferstadt 46 a, 3 Tr. r.

Darlehn
gebe ich für ein leeres
Zimmer mit Kabin., nur
Danzig. Angeb. unt. E 99
an die Exped. der Volks-
stimme. 11197

Feine Wäsche
wird sauber gewaschen u.
gesendet. Billige Preise.
Pfefferstraße 8, 1 Tr. 11232

Schneiderin
empfiehlt sich in und aus-
dem Hause. Angeb. unt.
1694 an die Exped. der
Volksstimme. 11236

Malerarbeiten
werden sachgemäß zu maß-
gerechneter Berechnung ausgeführt.
Angebote unter E 1693
an die Exped. der Volks-
stimme. 11203

Wäsche
wird sauber gewaschen u.
im Freien getrocknet. An-
geb. te unter E 1696 an
die Exped. Volksst. 11230

Suche
8- bis 10000 Guld.
gegen mehrfache Sicherheit
oder Eintragung ein. Hypo-
thek. Angeb. unt. E 89
an die Exp. Volksst. 11138

Nähmaschinen
reparieren billigst. 1638
Bernstein & Co.
G. m. b. H., Langgasse 50.

Am Dienstag, den 3. März 1925, starb unser Genosse, der Maurer

Friedrich Kütter

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

S. P. D. 4. Bezirk
Schidlitz.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. März, 4 Uhr nachm., vom Barbarakirchhof aus statt.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Freitag, den 13. März, abends 7 Uhr:
Dauerkarten Serie III.

Der wahre Jakob

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.
In Szene gesetzt von Carl Rüemer.
Inspektion: Emil Berner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Sonnabend, den 14. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Herodes und Marianne“. Eine Tragedie in 5 Aufzügen.

Sonntag, den 15. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Male! „Triadine auf Rayos“. Oper in einem Aufzuge nebst einem Vorspiel von Hugo v. Hofmannsthal. Buchst. ... Karl Jöken von der Staatsoper in Berlin als Gast.

Gedania-Theater Danzig, Schlüsselamm 53/55

Wieder 3 hervorragende Filme!!

Die junge Stadt

Eine faszinierende u. beherausragende Geschichte von einer Scher-Knaben, die sich ihren eigenen Staat gegründet haben und nach Jünglings ihren Heiratstagen trüben, ihre kleinen Schmerzen und großen Freuden dort erleben.

Um Weib und Kind

5 abenteuerliche Akte aus der Silber. Packende, stimmungsvolle Konflikte, starke, von Akt zu Akt sich steigende Handlung.

Capitan als Pfandhüter

Eine Capitanade in 2 großen Akten
Nur 2 Eintrittspreise: 1.50 u. 1.00 G
Täglich: Jugend-Vorstellung
Anfang 4 Uhr Sonntags 3 Uhr
Eintrittspreis nur 0.60 G.

Hein's Konditorei u. Café

Danzig, Pfefferstadt Nr. 10

gegenüber der Baumgarten-Gasse

empfehle

Täglich frisch gebackene **Kartoffelpuffer** zu jeder Tages- und Abendzeit.

Afa-Bundesfest

im Friedrich-Wilhelm-Schlosshaus
am 14. März 1925, abends 8 Uhr.

Egmont-Ouvertüre Beethoven

Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 Beethoven

Männerchor:
Maria, holdes Bild, Volkslied a. d. „Schwarzwald“
Chorsatz von Max Stange

In der Marienkirche Carl Loewe

Auf der Lagune Paul Scheinpflog

PAUSE

Tannhäuser-Ouvertüre R. Wagner

Männerchor:
Kloster Murbach Friedr. Hegar

Der Schmied Oskar Lang

Nachtwandler R. Henberger

Ouvertüre 1812 Tchaikowsky

PAUSE

Ballett: Zigeunerlitz, Musik aus der Oper „Mignon“, getanzt von Fr. Irma Grünhagen und Lifelotte Krönke

Matroientanz, getanzt von Fr. Irma Grünhagen, Lifelotte Krönke und Klein-Margot

BALL

Große Bächerverlosung

Eintritt 2 Gulden Ball 1 Gulden

Karten sind zu haben im Sekretariat des Afa-Bundes, Karpfenseigen 26 a, 1, Zimmer 9.

ARTUS-PALAST

Langgasse 60/61

Ab Freitag, den 13. März 1925

Henry Perles - Hsta Hinsen - Harry Liedtke - Emil Jennings - Lee Parry - Conrad Veidt - Werner Kraus

FILM im FILM

Ein Blick hinter die Kulissen / 6 Akte

Die Höschchen der Ballerina

Groteske in 2 Akten

Ausgerechnet Einbrecher

Eine 6 aktige Sensationskomödie

Eine Stunde Spannung u. Lachen!

Vorführung täglich 4, 6, 10, 8, 20, Sonntag Anfang 3 Uhr

Preise der Plätze vom 1.- bis 3.- Dg.

LICHT-UT SPIELE

Größtes und vornehmstes Lichtspiel-Theater Danzigs
Am Hauptbahnhof Telephone 1076

Vom 13. bis 19. März: Das große deutsche Filmwerk

Kampf um die Scholle

Das große deutsche Filmwerk „Kampf um die Scholle“ ist ein Spiel vom Lande in 6 Akten, frei nach Fritz Reuters:

„Ut mine Stromtid“

Regie: ERICH WASCHECK

Ferd. v. Hiltz, Oskar Marion, Margarete Schön

(Nibelungen-Film)

Wilhelm Diegelmann u. v. a.

Dieser Film ist ein gewaltiger Erfolg.

Herrliche Bilder aus Landschaft und Landwirtschaft durchflochten die Handlung.

Tragik und Komik, stemberaubende Sensationen und anhaltende Lachsalven wechseln einander ab.

Ferner: Eine äußerst drollige Fix-und-Fax-Groteske:

Fix u. Fax der Stolz der Firma

Außerdem der so beliebte „Felix“, der Kater, seine wunderlichen Abenteuer

Felix als Kinderfräulein

Jugendliche zu den beiden ersten Vorstellungen zugelassen!

Beginn der Vorführungen: 4, 6, 8 Uhr Eintritt jederzeit.

Bestgewählte Musik, vollbesetztes Orchester

Angenehmer Aufenthalt in gutdurchlüfteten Räumen

Bequeme Sitze, gutes klares Bild sind die anerkannten Vorzüge unseres Theaters

Speicher, Schuppen oder Lagerraum

in der Stadt

11007

zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter E 38 an die Exp. der Danz. Volksstimme

Zur Wäsche

Seifenpulver, Seifenpulver, Waschpulver, Stärke, Stl, Bleichpulver, Borax

mit in dieser Qualität
Drogerie 16644
am Dominikanerplatz
gegenüber d. St.-Holstenthor

Brosen- u. Seifenhaus
Jungfernst. 1
gegenüber der Markt-alle

Smoking-Anzug

Reuer
kl. Figur billig verkauft.
Hundegasse 104/7, part

Bildh., edler, kleiner
Zwerg-Terrier
für Hundeliebhaber, preisw.
zu verkaufen. (1226)

Kroll, Eckhüte 39 a, pt

Nähmaschinen, Kinderwagen

(Brennab.) Kinderbettgehe
kaufen Sie am billigsten bei
Brauer, Hakenwerk 3/4,
Auch Teilzahlung. (17010)

2 Holzetage

billig zu verk. Angebote
unter E 50 an die Exped.
Bolksstimme. (1034)

Juchett u. Wette f. mittl.
Frg., Hofe, braune Schürze f.
Rösch, 3. Einsegnung, alte
Mil-Schürze (neu bef.) bill.
zu verk. Hühnerstraße 35, 11.

2 Bettgestelle

mit Matrizen zu kaufen
gekauft. Ang. unt. E 88 an
d. Exp. d. Bolksst. (1184)

Serrerschmied,
Spezialschmied,
nur aus Privatband z. kauf.
gekauft. Ang. unt. E 88 a.
d. Exp. d. Bolksst. (1186)

Wagen

Kino gegen Bargzahlung
zu kaufen gesucht. Angeb.
mit Preis unter E 50 an
die Exped. Bolksst. (1044)

60er

21 Jähr. alt, als Weibchen
u. Weibchen gezeugt. Billig
gekauft, fast Stellung,
gleich weibl. Art. Angen.
unter E 1688 an die Exp.
Bolksstimme. (1152)

Wirtshaus

in exp. Hotels u. Säle, mit
guten, emp. für den Boden
u. Boden f. größere Feh-
lichkeiten u. Gefährden.
Wirtshaus-Schänkebel 3.
Gebäude, 100 St., mit
Telephon 2208. (1169)

Polnisch

wird billig erteilt (1030)
Hundegasse 80, 1 Hhks.

Wohnungstisch!

Stube, Küche, Kammer u.
Boden, Gasbel., geg. Stube,
Kab., Kasse od. 2 Stuben u.
Küche zu kaufen gesucht.
Ang. unt. 1088 an die Exp.
der Bolksstimme. (1155)

Möbliertes Zimmer

an best. Herrn u. 1.4. z. verm.
Roda, Bahnhofstr. 42 Grth.

Möbliertes Zimmer

an Herrn od. Dame sof. z. v.
Sampffstraße 66, 21. (1222)

Möbl. Vorderzimmer

per 15. März zu vermieten,
Friedrichstraße 6, pt. r. (1225)

1 b. 3 möbl. Zimmer

oder leer zu vermieten. Aus-
kunft Borcht. Geben 49,
3 Tr. Hhks. (16896)

Jungfer Mann fr. det. saub. Schlafstelle

mit Morgenkaffee, Schälz,
Straback 22, 2 Tr. (1206)

Möbl. Zimmer

von 2 Personen zu mieten
gekauft. Angebote unter
E 42 an die Exped. der
Bolksstimme. (1011)

Möbliert. Zimmer

an 2 Herr. u. 1.4. zu verm.
Ang. unt. E 1022 a. d. Exp.
der Bolksstimme. (1200)

1 ab. 2 möbl. Zimm.

u. 15.3. z. miet. gef.
Angeb. unt. E 82 an die
Exped. d. Bolksstimme.

Eleg. möbl. Zimmer

an best. Herrn zu vermieten,
Langgasse 102/3, 2 r. (1227)

Brennholz?

trocken
bestellbar bei
Wilmann Pflanzl.,
Helmweg 17, Tel. 2530.

Jetzt haben Sie die beste Gelegenheit!

durch meine unverricht große Auswahl in

Musik-Apparaten / Platten / Leuten / Gitarren

Handharmonikas und Mundharmonikas

besonders durch die neuen wieder neu eingetroffenen

Beka- und Sarrlophon-Platten

Opern, Operetten, Künstlerplatten und Schallplatten mit:

Gaunerliedchen / Geh immer gleich aufs Ganze / Erst hat er zu ihr Sie

geugt / Warum soll er nicht mit ihr // Da hast so was Gauners / Der

Bobby Koln ist kein Vorbild für dich // Immer noch einmal // Hübscher

Was nützt ein Hahn, wenn er nicht krähen kann

sowie die allerneueste Sarrlophon-Musik

Sprech- apparate

aus dem billigsten bis elegantesten
Typen, vollständig geschickter
konstruierter Werke,

gegen bar

und auf Teilzahlung!



Eigene Werkstatt

Reparaturen

wenden fachmännisch ausgeführt

Verkauf an gross und an detail

Musikhaus „Komet“

Leit.: Hermann Stuppal

Beckgasse 130

Telephon 2328

Geschäfts- Grundstück

gute Lage, sofort zu kaufen
gekauft. Angebote - mit
Preis unter E 84 an die
Expedition d. Bolksstimme,
Swerdweg 6. (1182)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)

Grüne Straße

zu verkaufen. Angeb. mit
E 85 a. d. Exped. d. Bolks-
stimme, Spandh 6. (1183)